Konzentrierter
Sonnenschein
die Vitamin-Nahrung
n Körper gegen Infektions-
n. Scott's Emulsion dient
ugung gegen Grippe, Keuch-
ngenleiden. Scott wird von
Alt bestens vertragen, doch
riginal Scott sein! Zu haben
otheken und Drogerien.
Haaß, Osterstr. 22.
gust Steiner, Nordstr. 9.
gerie Schüling, Markt 2.
Achtung!
12. Febr., gastiert auf dem
ünting
ussische
ortkapelle
ktor Arri Hüttemann.
s Gastspiel.
Der Wirt, Jakob Stevens.
Anfang 7 Uhr.
inderwagen
0 20
Auswahl ist zu wenig,
ausstellung in nur mo-
en ist viel reichhaltiger.
Kinderschlafkörbe.
ch, bever Sie kaufen,
edrigen Preisen.
räder, [540g
Radioanlagen.
mperschroer
Nähe Josefskirche.
hlungserleichterung.
ffnung!
!
Nordstraße 52 eine
tatt
[678e
in der Lage, sämtliche
en gut und sauber bei
eines Unternehmens.
mmeyer
52.
Bocholt und Um-
h ein Geschäft für
Installation
röffnet habe.
hann.
(648e
Nordstraße 59.
CHEN
nnell und billig
MING
en:
t"
HA
G
oldstr.

Rheder Vollszeitung

Bezugspreis: 2,55 Mk. monatlich.

Kreisblatt des Stadtkreises Bocholt

Amtlicher Anzeiger des Landratsamtes, von Bürgermeister-Ämtern und Ämtern des Kreises Borken.

Organ der Zentrumspartei

Bocholter-Borkener Volksblatt

Anholt-Isselburger Zeitung

Geschäftsstellen:
Bocholt, Realschulstraße 14. Fernspr.-Sammelnr. 3054.
Rhede: J. Heinrichs.
Anholt: W. Wolfsing.
Werth: Th. Parras.
Verlagsort: Dortmund 1.

Nummer 43 | Donnerstag, den 12. Februar 1931 | Jahrgang 1931

Tagesfragen.

„Nationales" Rumpfparlament in Weimar? Die im Vordergrund des politischen Interesses stehende Tagesfrage ist auch heute noch der Auszug der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen aus dem Reichstag. Darüber wird im heutigen Reichstagsbericht noch einiges gesagt, und die Meinung führender Blätter, die wir anderswo wiedergeben, läßt einigermaßen erkennen, wie man in den verschiedenen Parteilagern über diese neue Nuance in unserem parlamentarischen Betriebe denkt. An dieser Stelle seien nur noch ein paar zusätzliche Bemerkungen gemacht. In irgendeiner „nationalen" Zeitung war heute von einer „secessio in montem sacrum" die Rede. Davon kann man aber im Hinblick auf die Rechtsopposition wahrhaftig nicht sprechen. Sie hat sich nicht auf einen heiligen Berg begeben, sondern in die sumpfigen Niederungen demagogischer Agitation. Auch sonst hinkt der Vergleich. Als im alten Rom die Plebejer, um sich dem Terror des Adels zu entziehen und ihn zu einer vernünftigen Haltung ihnen gegenüber zu erziehen, auf den Heiligen Berg begaben, da war es die Volksmehrheit, die auszog, und es war kein Wunder, daß der Adel alsbald sich zum Nachgeben gezwungen hat. Die Leute aber, die am Dienstag aus dem Reichstag herausmarschiert sind, machen, die drei radikalen Landvolkleute mitgerechnet, nur 151 von 575 Reichstagsabgeordneten aus, und sie können lange darauf warten, daß man sie zur Rückkehr auffordert. Denn man entbehrt sie nicht. Opposition, die sachliche Kritik übt, ist in der Demokratie durchaus wünschenswert. Krachschläger aber, die ihre politische Beschränktheit durch fortgesetzte Störungsversuche zu verdecken suchen, sind eine üble Belastung in jedem ernsten Gremium. Wenn jetzt die nationalsozialistische Parteiregie ihnen, als ob Sieger aus einer Entscheidungsschlacht heimkehrten, in den Hauptorten ihrer Wahlbezirke einen festlichen Empfang bereiten läßt, so ist das ein operettenhaftes Theater, das zu dem ganzen Humbug, den man bisher von den Leuten Hitlers erlebt hat, ausgezeichnet paßt. Auch sollte es uns gar nicht wundern, wenn einer anscheinend etwas sehr voreilig getanen Aeußerung des deutschnationalen Reichstagsabgeordneten Stubbendorff doch noch die Tat folgen würde. In einer deutschnationalen Versammlung in Oldenburg hat nämlich Stubbendorff verkündet, daß auf Hugenbergs Vorschlag, der von den Nationalsozialisten dankenswerterweise aufgenommen worden sei, die nationale Opposition den Reichstag verlassen habe. Sie werde ein Rumpfparlament aufmachen, und nach der Versammlung wurde noch erläutert, daß dieses Rumpfparlament in Weimar tagen werde. Einem rechtsbürgerlichen Blatt in Oldenburg kam diese Mitteilung so erstaunlich vor, daß es schleunigst bei der Deutschnationalen Partei in Berlin Erkundigungen einzog. Es teilt als ihr Ergebnis mit, daß die Parteileitung nach einer ersten erstaunten Bemerkung, Stubbendorffs Ausführungen kämen ja viel zu früh, dann gesagt habe, die Parteileitung wisse von einer Bildung eines Rumpfparlaments nichts. Ist nun auch von amtlicher deutschnationaler Seite der Presse allgemein die Erklärung zugegangen, daß die Mitteilung Stubbendorffs den Tatsachen nicht entspreche, so darf man doch wohl annehmen, daß diese Weimarer Rumpfparlamentstagung ernstlich ins Auge gefaßt war, aber aus irgendeinem Grunde, den jener nicht kannte, wieder oder vorläufig fallen gelassen worden ist. Aber vielleicht folgt dem ersten Schildbürgerstreich auch noch dieser andere. Zunächst regt man sich in der den Sezessionisten gehörigen Presse über den „Verfassungsbruch" auf, den die geringe Verschärfung der Geschäftsordnungsbestimmungen darstellen soll. Nichts ist aber so unbegründet wie eine solche Behauptung. Hätte die Opposition durch die fortgesetzte Obstruktion nicht ihren Störungs- und Zersetzungswillen so deutlich gezeigt, dann hätten diejenigen, die im Deutschen Reichstag die Stätte sehen, an der zugunsten des deutschen Volkes politische Arbeit geleistet werden soll, keine Veranlassung gehabt, dafür zu sorgen, daß auch wirklich gearbeitet werden kann. Im übrigen ist die Mehrheit des Parlamentes keineswegs rigoros vorgegangen. Bei den Beschlüssen über die Aenderung der Geschäftsordnung handelt es sich zum Teil nur um klarere Fassungen gewisser Bestimmungen, wie sie sich aus der Praxis ergeben haben, zum Teil um Einschränkungen willkürlich ausgebeuteter Rechte. Grundlegende Aenderungen sind nur hinsichtlich des Mißbrauchs der Abgeordnetenimmunität beschlossen worden. Damit ist ein alter Wunsch der Parteien erfüllt, die schon vor Jahr und Tag — damals jedoch ohne Erfolg — Anträge gegen den Mißbrauch der Immunität durch radikale Abgeordnete eingebracht hatten. Es geht einfach nicht an, daß die Immunität im politischen Kampf ein Sonderrecht für Schimpf- und Verleumdungsfreiheit schafft, und es ist ebenso unerträglich, wenn der Reichstag, einer bisherigen Ueberlieferung folgend, allzu häufig die von den Gerichten nachgesuchte Aufhebung der Immunität verweigert. Das Bewußtsein, durch den Deckmantel der Immunität nicht mehr gegen Strafverfolgung geschützt zu sein, wird künftig vielleicht manchen Verleumder vorsichtiger stimmen. Wie wenig aber gerade die Sezessionisten Anlaß zu ihrem Entrüstungstheater haben, das hat der Sprecher der Landvolkpartei, der Abgeordnete Döbrich, gestern im Reichstag bewiesen. Die vorgenommenen Aenderungen der Geschäftsordnung, sagte er, seien früher von den Deutschnationalen selbst gefordert worden und im Thüringischen Landtag seien sie mit Zustimmung der Nationalsozialisten ein- und durchgeführt worden. Da Döbrichs Parteifreunde einerseits zum größten Teil im vorigen Reichstag zur deutschnationalen Fraktion gehört haben und andererseits in Thüringen mit den Nationalsozialisten koaliert sind, darf man seinen Bemerkungen als denen eines Mannes, der im Bilde ist, wohl ohne weiteres Glauben schenken. Dann gibt es ja auch noch einen Staatsgerichtshof, den diejenigen anrufen könnten, die jetzt die Reichstagsmehrheit eines Verfassungsbruchs zeihen. Es ist aber merkwürdig, daß weder in der deutschnationalen noch in der nationalsozialistischen Presse dieser Gedanke ausgesprochen wird.

*

Ein Mann ist da ... In den zwölf Jahren deutscher Demokratie ist es noch nicht vorgekommen, daß ein Mann in solch einem Tempo sich das Vertrauen ihm politisch nicht nahestehender Kreise erworben hat, wie es bei dem Reichskanzler Dr. Brüning der Fall ist. Auch Stresemann, der sich gewiß im Laufe seiner langen Ministerzeit ein ungewöhnliches Ansehen erworben hatte, läßt sich in dieser Hinsicht mit jenem nicht vergleichen. Ebert ebensowenig, dem man ja eigentlich erst nach seinem Tode gerecht geworden ist. Von der Fünfzigjahrfeier des Westfälisch-Lippischen Handwerkerbundes, an der, wie wir berichtet haben, der Reichskanzler teilnahm, sei zum Beweis der im ersten Satz ausgesprochenen Behauptung noch ein besonders bemerkenswerter Vorgang nachgetragen. Unter den Rednern befand sich bekanntlich auch der frühere Reichsminister und volksparteiliche Reichstagsabgeordnete von Raumer. Er schloß seine Rede mit folgenden Worten:

Wir müssen wieder wirtschaftlich glauben lernen. Dann, aber auch erst dann, wird es besser werden. Erst dann werden die Arbeitslosen den Weg zur Arbeit wiederfinden. Wer wird den Weg bereiten? Vor dem deutschen Volke steht eine sittliche Aufgabe: Opfer werden verlangt, an Geld und an Prinzipien, ja an weltanschaulichen Ueberzeugungen, Opfer schwerster Art. Das Volk sieht sich um nach einem Führer. Nicht nach einem Diktator, der kommandiert, sondern nach einem Führer der Nation, der ihm im täglichen Beispiel an Uneigennützigkeit und ehrlichem Wollen das vorlebt, was er von den anderen verlangen muß. Geist kann man nicht kommandieren, man muß ihn vorleben. Ich habe den Glauben, daß wir diesen Führer heute hier unter uns sehen, den ersten leitenden Staatsmannes neuen Deutschland, der mit unerschrockener sittlicher Wahrhaftigkeit und mit zäher Energie unsere inneren Probleme anfaßt. Sie werden nach Hause gehen wollen in dieser schweren Zeit mit einer Hoffnung. Ich glaube sagen zu können: Ein Mann ist da — das ist die Hoffnung.

Diese Anerkennung des Führertums und der Leistung Brünings ehrt ihn ebenso wie den, der objektiv genug dachte, um sie auszusprechen. Der die Worte sagte, gehört zu bekannten Persönlichkeiten des Liberalismus. In der „Neuen Züricher Zeitung" vom 10. Februar, dem führenden liberalen Blatt der Schweiz, findet man eine andere Bemerkung über Brüning, die zwar die alte Voreingenommenheit des Liberalismus gegen den katholischen Politiker, aber doch die gleiche Anerkennung und Hochachtung zum Ausdruck bringt: „Schade, daß der Mann Zentrum ist!"

*

Zusammenschluß von Hamburg und Lübeck? Um ein Aufgehen in Preußen zu vermeiden, will sich der Freistaat Lübeck mit dem Freistaat Hamburg vereinigen. Es scheint jedenfalls, daß es nicht bloß einige Außenseiter sind, die diesen Plan verfolgen, sondern daß regelrecht über einen entsprechenden Staatsvertrag von Regierung zu Regierung verhandelt wird. Die sozialdemokratischen Fraktionen der Hamburger und der Lübecker Bürgerschaft, die beide maßgeblichen Einfluß auf die Politik ihrer Stadtstaaten ausüben, haben für die Verhandlungen folgende Richtlinien vereinbart:

In dem Bestreben, ihre Häfen und Wirtschaftsgebiete zu einer die beiden deutschen Meere erfassenden größeren Einheit zu verbinden und auszugestalten, und so die beiderseitigen Staats- und Wirtschaftsinteressen zu fördern, leiten Hamburg und Lübeck Staatsverhandlungen ein auf folgender Grundlage:

1. Hamburg und Lübeck verbinden sich zu einem Lande. Der Landesverfassung wird die Hamburger Verfassung zugrunde gelegt.
2. Lübeck bildet eine Stadtgemeinde mit Selbstverwaltung.
3. Lübeck erhält einen im Rahmen verfassungsrechtlicher Möglichkeiten festzusetzenden Anteil an Regierung und Behörden.
4. Gesetzgebung und Zentralverwaltungen gehen in die Zuständigkeit des Landes über. Polizei und Justiz werden Landesangelegenheiten.
5. Lübeck wird an dem Ertrag der vom Reich überwiesenen Steuern zu einem näher festzusetzenden Prozentsatz beteiligt. Im übrigen bleiben die bisherigen Einnahmen aus Landessteuern bei Lübeck. Lübeck ist vermögensrechtlich Rechtsnachfolgerin des Lübeckischen Staates.

Aus Hamburg wird hierzu weiter bekannt, daß man sich über die grundsätzlichen Fragen bereits so weit verständigt hat, daß von beiden Regierungen besondere Vertrauensleute mit den weiteren Vorbereitungsarbeiten, namentlich über die finanziellen, wirtschaftlichen und verkehrspolitischen Fragen, betraut worden sind. In nicht zu ferner Zeit soll schon den Parlamenten der endgültige Staatsvertrag vorgelegt werden. Maßgeblich für die Bereitwilligkeit auf Seiten Lübecks, in den hamburgischen Staat aufzugehen, soll sein, daß das Schicksal dieser Freien Stadt bei einer Reichsreform höchst ungeklärt sei und deshalb vorher Maßnahmen getroffen werden müßten. Auffallend ist, daß Lübeck einem Anschluß an Preußen auszuweichen sucht, obwohl wirtschaftliche Gründe dieser bedeutenden Handels- und Hafenstadt an der Ostsee einen solchen Gedanken nahelegen müßten.

Das Vertrauen des Auslandes kehrt wieder.

Die Beleihung der Reichsbahnvorzugsaktien.

CNB **Berlin**, 11. Februar.

Wie wir von gut unterrichteter Seite erfahren ist die Aktion des Reichsfinanzministeriums wegen der Bevorschussung der Zahlungen für die Eisenbahnvorzugsaktien heute endgültig abgeschlossen worden. Auch die englische und französische Bankengruppe, deren Unterschriften noch ausstanden, sind dem Abkommen nunmehr beigetreten.

Die Bedeutung dieser Transaktion liegt nach der Ansicht politischer Kreise weniger in der Höhe des Betrages, der sich nur auf 130 Millionen beläuft, als vielmehr in der Tatsache, daß auch sehr maßgebende französische und englische Finanzkreise sich an dem Geschäft beteiligt haben. Man sieht darin einen Beweis dafür, daß auch das Vertrauen in die Entwicklung der deutschen Verhältnisse auch im Auslande wiederkehrt.

*

Coolidge zu den Abstimmungen im Reichstag.

)(**Newyork**, 11. Februar.

Der frühere Präsident Coolidge bemerkt heute in seinem täglichen Sonderartikel in der „Herald Tribune" u. a.: „Alle, die dem deutschen Volk Gutes wünschen, sehen ihren Glauben gerechtfertigt durch die Unterstützung, die Reichskanzler Brüning im Reichstag erhielt. Diese Unterstützung bringt Deutschlands Tadler zum Schweigen und stärkt die Hände seiner Freunde. Gleichzeitig verliert in Frankreich die Opposition gegen die Gewährung von Krediten an Deutschland und gegen die Fortsetzung der Verständigungspolitik an Boden."

Die Urabstimmung bei der Hütte Ruhrort-Meiderich.

Mehrheit gegen den Verwaltungsvorschlag.

:: **Duisburg**, 11. Februar.

Die am Mittwoch bei der Hütte Ruhrort-Meiderich durchgeführte Urabstimmung ergab 1235 Stimmen der Arbeiter und 892 Stimmen der Angestellten für und 4319 Arbeiter- und 91 Angestelltenstimmen gegen den Vorschlag der Vereinigten Stahlwerke. An der Abstimmung beteiligten sich 96 v. H. der Arbeiter und 97,1 v. H. der Angestellten. Damit hat sich eine starke Mehrheit der Belegschaft gegen den Vorschlag der Werksleitung ausgesprochen, der bekanntlich die Weiterbeschäftigung von 4400 Arbeitern und 700 Angestellten bei 20prozentigem Lohn- und Gehaltsverzicht vorsah.

Mißtrauensantrag gegen Curtius abgelehnt.

Reichstagssitzung ohne die „nationale Opposition".

Von unserer Berliner Redaktion.

Berlin, 11. Februar. (Drahtb.)

Im Gegensatz zu den aufgeregten Szenen, die sich in den letzten Tagen in der Vollversammlung des Reichstages abspielten, herrschte am Mittwoch eine geradezu wohltuende Ruhe durch das

Fehlen der Nationalsozialisten und der Deutschnationalen.

Anstatt vor dem Forum, dessen Stimme von der ganzen Welt vernommen wird, wirkliche nationale Opposition zu treiben, kneifen diese beiden Parteien. Ihre Abwesenheit hatte jedoch insofern eine gute Seite, als die Aussprache über den Etat des Auswärtigen Amtes in sachlicher Form zu Ende geführt und die Abstimmungen vorgenommen werden konnten. Angesichts dieser ruhigen, sachlichen Tätigkeit wagen es Hugenbergblätter, von der „grenzenlosen Furcht" und „Verlegenheit der Mehrheitsparteien" zu reden. Es wäre doch wohl zweckmäßiger, im deutschnationalen Lager von der eigenen Verlegenheit zu sprechen, da die Getreuen Hugenbergs jetzt nicht recht wissen, wie sie ihren übereilten Beschluß, den Vollversammlungen fernzubleiben, wieder rückgängig machen können, ohne sich gründlich zu blamieren. Wie verlautet,

wollen die Deutschnationalen erst nach der kurzen Pause, die Anfang der nächsten Woche eingelegt wird, wieder etappenweise ihren Einzug in den Plenarsitzungssaal halten.

Die nationalsozialistischen Abgeordneten dagegen scheinen sich auf längere Abwesenheit gefaßt zu machen. Die meisten sind in ihre Heimatsorte abgereist und haben ihre beim Reichstag eingehende Post dorthin adressieren lassen. In politischen Kreisen fragt man sich nach wie vor, welchen Zweck eigentlich die Nationalsozialisten mit ihrem Auszug aus dem Reichsparlament verfolgen. Zum Teil dürfte wohl die Auffassung zutreffen, daß die Nationalsozialisten wegen des Erfolges, den Reichsaußenminister Dr. Curtius in Genf erzielt hat, ein gewisses Stück ihres Resonanzboden verloren haben. Sie mußten sich deshalb, um ihre Leute bei der Stange zu halten, wieder einmal durch einen

Theatercoup

in das richtige Rampenlicht setzen.

Die Rechtsfrage des Fernbleibens der Nationalsozialisten von den parlamentarischen Arbeiten liegt nicht ganz klar, weil entsprechende Bestimmungen in der für den Reichstag geltenden Geschäftsordnung fehlen. Leider gibt es nach der Verfassung keine Möglichkeit, den Nationalsozialisten, die sich dauernd vor der Arbeit drücken, das Mandat durch einen Rechtsspruch abzuerkennen. Ebenso gibt es keine Bestimmung, durch die ihnen der Freifahrtsschein genommen werden kann. Dagegen verlieren sie ihre Tagegelder, da sie sich auch nicht in die Anwesenheitsliste eintragen. Sie werden im übrigen nur zu bald erfahren, daß es ein Trugschluß ist, wenn sie sich der Hoffnung hingeben, durch ihren Streik die parlamentarische Tätigkeit lahmlegen zu können. Die am Mittwoch geführte Aussprache und die Abstimmungen haben gezeigt,

daß es auch ohne die „nationale Opposition" geht.

Selbstverständlich gibt es unter den Parteien, die zur Mitarbeit bereit sind, auch einige kleine Meinungsverschiedenheiten über den Weg, der zu gehen ist. Am Endziel sind sie sich jedoch alle einig und lachen weidlich über den in einem deutschnationalen Blatt gemachten Vorschlag, den Reichstag durch ein Volksbegehren zur Auflösung zu bringen. In gewissen Köpfen scheinen sich weiße Mäuse bemerkbar zu machen.

Zu Beginn der Reichstagssitzung gab Abg. Döbrich (Landvolk) für die Fraktion der Landvolkpartei eine Erklärung ab, in der es heißt: Wir protestieren gegen die Angriffe, die gestern von den Nationalsozialisten und von den Deutschnationalen gegen uns gerichtet worden sind. Wir sind weder eine Tributpartei, noch eine Young-Partei.

Wir weisen auch mit Entrüstung die gestrigen Aeußerungen des Abgeordneten Dr. Wendthausen (Landvolk) zurück,

als ob wir nicht zum wahren Deutschland oder zur nationalen Opposition gehören. (Lebhaftes Hört! Hört!) In unserer Stellung zur Regierung hat sich nichts geändert. Wir stehen in Opposition zur Regierung, aber nicht in grundsätzlicher, sondern in sachlicher Opposition. Wir wollen im Parlament sachlich für unsere Ziele arbeiten. Darum haben wir auch Aenderungen der Geschäftsordnung zugestimmt, wie sie früher von den Deutschnationalen selbst gefordert wurden und wie sie auch im Thüringer Landtag mit Zustimmung der Nationalsozialisten eingeführt sind und durchgeführt werden. (Lebhafte Hört! Hört!-Rufe).

Dann wurde die Aussprache über den Etat des Auswärtigen Amtes fortgesetzt. Zunächst sprach der Kommunist Stöcker, dann der Wirtschaftsparteiler Mollath, der u. a. sagte, daß auch seine Partei sich zur nationalen Opposition rechne, daß sie es aber für richtiger halte, von der Tribüne des Reichstages für

Explosion in einem mandschurischen Bergwerk.

:: **Peking**, 11. Februar.

In einem Bergwerk in Fuschun (Mandschurei) ereignete sich am 8. Februar eine Explosion, durch die der größte Teil der 3000 Köpfe zählenden chinesischen Belegschaft von der Außenwelt abgeschnitten wurde. Da man bis heute noch nicht zu ihr vordringen konnte, befürchtet man, daß ein Teil ums Leben gekommen ist. Bisher sind 34 Leichen geborgen worden.

Deutschlands Ehre und Freiheit zu kämpfen, statt die Flucht zu ergreifen und diese Dinge lediglich in wüster Agitation zu behandeln.

Besonders interessant war die Rede des Landvolkabgeordneten Hepp, der u. a. ausführte: Ein Teil der nationalen Opposition hat gestern den Reichstagssaal verlassen und damit nach unserer Auffassung das politische Kampffeld geräumt. Wir halten eine derartige Demonstration vor allem aus sachlichen Erwägungen heraus für unbegründet und falsch. Wenn die Deutschnationalen nach dem Auszug der Nationalsozialisten fluchtartig den Saal verlassen, und damit

die letzten Reste selbständiger Meinungs- und Willensbildung zugunsten einer nationalsozialistischen Führung aufgegeben

haben, so ist das ihre Sache. Wir stehen auch in der nationalen Opposition, aber wir sind nicht Willens, uns von Herrn Hitler oder Frick die politische Richtung vorschreiben zu lassen, die wir zu gehen haben. Wir werden aus eigener Kraft unsere Meinung, unsere Wege, unsere Taktik und schließlich unsere Ziele zu bestimmen haben. (Beifall.) Nach der Flucht der anderen Parteien (die Deutschnationalen, Nationalsozialisten und die Landvolkabgeordneten Dr. Wendthausen, v. Sybel, Sieber und Haag nahmen auch an der heutigen Sitzung nicht teil) **fällt uns die nationale Opposition in diesem Hause zu.**

Sie ist gerade in außenpolitischen Fragen notwendig, damit im Auslande nicht eine falsche Meinung über die wahre Stimmung des deutschen Volkes entsteht. Wir wollen uns sachlich auseinandersetzen mit der Außenpolitik der Regierung, die wir nicht für richtig halten. Wir wünschen durch eine klare Auskunft des Außenministers von der Sorge befreit zu werden, daß die Zustimmung Frankreichs zum deutschen Standpunkt in der Minderheitenfrage in Polen etwa erkauft worden sei durch ein deutsches Nachgeben in der Abrüstungsfrage.

Reichsaußenminister Dr. Curtius: Ich kann sofort antworten: Ich habe keinerlei Zusicherungen gegeben.

Der nächste Redner, der Christlich-Soziale Simpfendörfer, betonte, der Außenminister habe zwar in Genf den Minderheitenschutz nicht ohne Geschick und Erfolg vertreten, aber ein Sieg sei es nicht gewesen. Es sei mehr als zweifelhaft, ob Polen die verlangten Abhilfemaßnahmen auch ergreifen werde. Die Kriegsschuldlüge laste als ein Fluch auf der Welt und lasse die Völker nicht zur Ruhe kommen. Die deutsche Regierung müsse sie zerstören.

Graf Quast, der Sprecher der Bayrischen Volkspartei, erklärte, daß diese in der Regierungsfrage eine Abenteuerpolitik ebenso wenig mitmache wie auf jedem anderen Gebiet. „Wir haben", sagte er, „das

Vertrauen zur Reichsregierung und vor allen Dingen zum Reichskanzler,

daß ununterbrochen daran gearbeitet wird, einen Weg zu finden, wie endlich finanzielle Erleichterungen für das deutsche Volk erreicht werden können. Die Mißtrauensanträge gegen den Reichsaußenminister werden wir ablehnen."

Von der Landvolkpartei war inzwischen ein

Mißtrauensantrag gegen den Reichsaußenminister Dr. Curtius

eingegangen, der 15 Unterschriften trägt. Der Antrag trägt u. a. auch die Unterschrift des Abgeordneten Haag, nicht aber die der Abgeordneten v. Wendthausen, v. Sybel und Sieber.

Der nächste Redner war der Staatsparteiler Dr. Reinhold, der Curtius die Unterstützung seiner Partei zusagte.

Dann trat der Volksnationale Abel ans Rednerpult. Er wandte sich gegen die Thesen: erst eine Sanierung, dann Revision. Seine Freunde würden ihre endgültige Haltung abhängig machen davon, ob der Außenminister noch weitere Erklärungen abgebe.

Der Sozialdemokrat Dr. Breitscheid führte als erster in der zweiten Rednerreihe aus, die dornenvolle Erfüllungspolitik habe mindestens den Erfolg gehabt, daß die ganze Welt jetzt einsehe, wie schädigend eine Deutschland zugemutete übermäßige Reparationslast auf die Wirtschaft der ganzen Welt wirkt. Der Vorschlag des Franzosen Graf d'Ormesson sei eine brauchbare Diskussionsgrundlage. Nach dem Erfolge des volksparteilichen Außenministers Dr. Curtius in Genf hat der volksparteiliche Abgeordnete von Seeckt den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbunde gefordert mit der Begründung, Deutschland könne selbstverständlich im Völkerbunde nur Niederlagen erleiden! Diese Forderung sei weder politisch, noch taktisch, noch strategisch klug gewesen.

Der Konservative Graf v. Westarp forderte unverzügliche grundlegende Aenderung der Tributlast ohne Rücksicht auf weitere innenpolitische Maßnahmen und lehnte neue Auslandskredite ab.

Damit schloß die Aussprache. Mit großer Mehrheit wird darauf auf Antrag des Zentrumsabgeordneten Erfing Uebergang zur Tagesordnung über den deutschnationalen Mißtrauensantrag beschlossen. In namentlicher Abstimmung wurde dann

der vom Landvolk und den Kommunisten eingebrachte Mißtrauensantrag gegen den Außenminister Dr. Curtius mit 255 gegen 87 Stimmen bei 29 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Für den Mißtrauensantrag stimmten die Kommunisten, das Landvolk und die Christlich-Sozialen. Die Wirtschaftspartei und die Volksnationalen gaben blaue Karten (Stimmenthaltung) ab und die Volkskonservativen beteiligten sich nicht an der Abstimmung.

Gegen 21 Uhr vertagte sich das Haus auf Donnerstag 15 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Ersatzwahl für den früheren Vizepräsidenten Stöhr, die Abstimmung über die Anträge zur Außenpolitik und der Etat des Wirtschaftsministeriums.

Entschließung zur Kriegsschuldfrage.

÷ Berlin, 11. Febr.

Im Reichstag haben die Abgeordneten Dauch-Hamburg (D. Vpt.) und Perlitius (Z.) folgende Entschließung zur Kriegsschuldlüge eingebracht:

Der Deutsche Reichstag lenkt erneut die Aufmerksamkeit der internationalen Oeffentlichkeit auf die schwere Beeinträchtigung der Gedanken des Friedens und der Verständigung durch das Kriegsschuldurteil des Versailler Vertrages. Deutschland hat unter Zwang den Vertrag unterzeichnet, ohne jedoch damit anzuerkennen, daß das deutsche Volk der Urheber des Krieges sei. Das im Artikel 231 ausgesprochene einseitige Schuldurteil ist nur geeignet, das Vertrauen unter den Völkern, das für einen wahrhaftigen Frieden erforderlich ist, dauernd zu beeinträchtigen.

Die restlose Aufklärung der Vorgänge, die zum Weltkriege führten, auf der Grundlage wahrheitssuchender Forschung ist daher dringend erforderlich. Deutschland fordert aus diesem Grund zur Beseitigung des einseitigen, den historischen Tatsachen nicht entsprechenden Kriegsurteils, wie es in Artikel 231 im Versailler Vertrag zum Ausdruck kommt, die Berufung eines internationalen Ausschusses von unparteiischen Sachverständigen, der allein ein objektives Urteil über die Vorgänge abgeben kann, die zum Ausbruch des Weltkrieges geführt haben. Der Reichstag ersucht die Reichsregierung, alle ihr möglichen Schritte zu tun, um diese Forderung durchzusetzen.

Auch England muß sparen.

Eine heftige Rede Snowdens. / Die Finanzlage ist sehr ernst. / Die Folgen der Arbeitslosigkeit. / Soziale Forderungen müssen zurückgestellt werden. / Der Fluch der Kriegsschuldenlast.

Ein konservatives Mißtrauensvotum im Unterhaus.

+ London, 11. Februar.

Unter großer Spannung brachte heute nachmittag im Unterhaus der frühere konservative Staatssekretär für Krieg, Worthington Evans, im Namen der konservativen offiziellen Opposition einen Mißtrauensantrag gegen die Regierung ein. Der Antrag hat folgenden Wortlaut:

„Das Haus tadelt die Regierung wegen ihrer Politik dauernder Erhöhungen der öffentlichen Ausgaben zu einer Zeit, wo die Vermeidung aller neuen Belastungen und strenge Sparsamkeit in den bestehenden Diensten notwendig sind, um das Vertrauen wieder herzustellen und den Erwerb zu fördern."

Worthington Evans griff sehr stark die Politik der Regierung in der Arbeitslosenversicherung an und nannte sie eine „offenkundige Außerachtlassung der Lehren gesunder Finanz." Er sagte:

Der britische Kredit leide Einbuße,

und die Regierung müsse gezwungen werden, der Lage abzuhelfen, bevor es zu spät ist, oder sie müßte einer Regierung Platz machen, die ihren Verantwortlichkeiten gegenübertrete. Die Rivalen Englands seien bereits aktiv. Seit Wochen sei Gold ständig aus London zurückgezogen worden. Die Annahme des liberalen Abänderungsantrages, in dem ein Untersuchungsausschuß gefordert wird, wird nur zu einer weiteren Verzögerung führen. Die Regierung hat während ihrer Amtszeit den Interessen des Landes einen kaum wieder gut zu machenden Schaden zugefügt und steht im Begriff, es

an den Rand des finanziellen Verderbens zu führen.

Schatzkanzler Snowden ergriff sofort das Wort zu einer äußerst scharfen Erwiderung. Er bezeichnete es u. a. als „schamlose Leichtfertigkeit", wenn die Konservativen, die selbst vor nicht allzu langer Zeit mit vollen Händen gewirtschaftet hätten, jetzt den Versuch machten, als Vorkämpfer der Sparsamkeit aufzutreten. Wenn man ihm einen Vorwurf daraus mache, daß er die Steuern um 40 Millionen Pfund erhöht habe, so könne er nur erwidern, daß diese

Steuererhöhung durch die Verschwendungssucht früherer Regierungen notwendig geworden

sei. Diese Behauptung versuchte dann Snowden durch eine ins Einzelne gehende Kritik der Finanzgebarung des letzten konservativen Kabinetts zu belegen. Es kam dabei zu erregten Auseinandersetzungen mit den Konservativen, die das Eingreifen des Sprechers erforderlich machten. Gegen den liberalen Abänderungsantrag, so erklärte Snowden dann weiter, habe er nichts weiter einzuwenden, er glaube aber nicht, daß bei der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses viel herauskomme. Unter allgemeinem Schweigen und größter Aufmerksamkeit des Hauses führte Snowden dann weiter aus: Ich erkläre mit dem allergrößten Nachdruck, daß

die finanzielle Lage unseres Landes sehr ernst ist.

Durchgreifende und unangenehme Maßnahmen sind nötig, wenn wir das Gleichgewicht des Budgets aufrecht erhalten wollen und wenn wir eine Erholung auf dem Gebiete der Produktionswirtschaft erstreben wollen. In einem Augenblick tiefgreifender industrieller Depression werden auch Ausgaben, die in Zeiten des Wohlstandes leicht und erträglich sein mögen, zur Unmöglichkeit. Die sensationellste Stelle der Rede Snowdens war die Feststellung, daß

die durch die Arbeitslosigkeit verursachten staatlichen Ausgaben nicht mehr im selben Ausmaß fortgesetzt werden könnten

und das Problem auf der Grundlage einer Einigung zwischen sämtlichen Parteien des Hauses geregelt werden müßte. Auch er, so sagte Snowden, wolle kein Geheimnis daraus machen, daß eine weitere steuerliche Belastung der Produktionswirtschaft der Tropfen sei, der den Becher zum Ueberlaufen bringen würde. In eindringlichen Wendungen, die vor allem an die breiten Massen der eigenen Partei gerichtet schienen, unterstrich Snowden nachdrücklich noch einmal die Notwendigkeit von Ersparnissen, ließ eine Andeutung einfließen, daß das Kabinett

eine Verminderung der Ministergehälter

beabsichtigte und endete diesen Teil seiner Rede mit der bemerkenswerten Feststellung, Pläne, die große Ausgaben bedeuteten, würden, auch wenn ihre Durchführung noch so notwendig sei, warten müssen, bis eine Besserung im Wirtschaftsleben eingetreten sei. Das einzige Ziel seines 40jährigen Lebens als Politiker sei es gewesen, das Los der arbeitenden Massen zu verbessern. Dieses sei auch weiterhin sein Ziel, und wenn er

um zeitweilige Zurückstellung von sozialen Forderungen,

ja um Opfer bitte, so geschehe es aus der Ueberzeugung heraus, daß dies notwendig sei, um künftige Fortschritte in dieser Beziehung nicht zu gefährden. Es sei kein Geheimnis, daß das Schatzamt Ende dieses Jahres sich einem bedenklich großen Fehlbetrag gegenüber sehen werde. Kein Budget in der Welt könne eine so unerwartete Belastung aushalten, wie die Belastung, die dem britischen Staatshaushalt

durch das Anschwellen der Arbeitslosigkeit

in den letzten zwölf Monaten erwachsen sei. Die Ausgaben seien gestiegen, die Einnahmen gesunken. Trotzdem sei Großbritanniens Kredit immer noch besser als während der letzten fünf Jahre. In diesem Zusammenhang kam der Schatzkanzler dann auf

die Kriegsschuldenfrage

zu sprechen, wozu er ausführte: Wir haben eine Kriegsschuldenlast, die riesig ist. Ich möchte niemanden verstimmen, aber eines muß ich doch aussprechen: Wenn einmal die Geschichte die Art und Weise untersucht, in der man diese Schuldverpflichtungen eingegangen ist —

die Unverantwortlichkeit und finanzielle Leichtfertigkeit,

mit der man sich zu Verpflichtungen hergab, die nach der damaligen Lage der Dinge vollkommen unnötig waren — wenn das einmal bekannt wird, so fürchte ich, werden die Persönlichkeiten, die dafür verantwortlich sind, den Fluch der Nachwelt zu tragen haben.

Drei Mitglieder aus der Landvolkfraktion ausgeschieden.

÷ Berlin, 11. Februar.

Die Erklärung des Abgeordneten Dr. Wendthausen von der Landvolkpartei am 10. Februar im Reichstag und der Auszug seiner drei Freunde aus dem Sitzungssaal gemeinsam mit den Nationalsozialisten und den Deutschnationalen veranlaßten den Vorstand der Landvolkpartei am Mittwoch, dazu Stellung zu nehmen. Der Parteivorstand stellte fest, daß das Deutsche Landvolk an die heutige Regierung nicht gebunden sei. Seine Opposition sei eine sachliche, aber nicht eine solche um jeden Preis. Im Rahmen der sachlichen Opposition liege es, Maßnahmen auch der derzeitigen Regierung zu unterstützen, die die wirtschaftliche und finanzielle Sanierung betrafen. Insbesondere stehe die Partei auf dem Standpunkt, daß alle Maßnahmen herbeizuführen und zu unterstützen sind, die geeignet seien, die Lage der Landwirtschaft zu bessern und ihre Rentabilität auf die Dauer sicherzustellen. Von den vier Abgeordneten wurde hierauf verlangt, daß sie sich den Beschlüssen des Parteivorstandes grundsätzlich fügen und außerdem an den Reichstagsverhandlungen teilnehmen sollen. Da die Abgeordneten Dr. Wendthausen, von Sybel und Sieber erklärten, sich den Beschlüssen des Parteivorstandes nicht fügen zu können, stellte der Parteivorsitzende Höfer fest, daß damit die drei Abgeordneten sich selbst außerhalb der Reichstagsfraktion gestellt hätten.

Abg. Haag, der sich zunächst der Aktion der Opposition angeschlossen hatte, hat sich mit den Vorstandsbeschlüssen einverstanden erklärt.

Die Christlich-Sozialen beantragen das Volksschulgesetz.

WTB Berlin, 11. Februar.

Die Reichstagsfraktion des Christlich-Sozialen Volksdienstes und der Konservativen Volkspartei hat einen Gesetzentwurf zur Ausführung der Artikel 146 und 149 der Reichsverfassung eingebracht. Es handelt sich um ein Gesetz zur Regelung des Volksschulwesens. Drei Formen der deutschen Volksschule sollen zugelassen werden: die Gemeinschaftsschule, die Bekenntnisschule und die bekenntnisfreie Schule. Die Aufsicht über alle Volksschulen führt der Staat. In die örtlichen Schulverwaltungkörper, denen die Schulen unterstehen, an welchen Religionsunterricht ordentliches Lehrfach ist, soll je ein Vertreter der entsprechenden Religionsgesellschaft mit Sitz und Stimme aufgenommen werden. Auch der Elternbeirat wird in dem Gesetz verankert. Ueber den Religionsunterricht wird gesagt, daß er von einem Angehörigen der betreffenden Religionsgesellschaft in Uebereinstimmung mit ihren Grundsätzen unbeschadet des Aufsichtsrechts des Staates erteilt wird. Zur Einsichtnahme in den Religionsunterricht soll der Staat Beauftragte bestellen, die von der Religionsgesellschaft vorgeschlagen werden. Zur Bestreitung der den Ländern und Gemeinden erwachsenden Kosten soll das Reich den Ländern eine einmalige Beihilfe zur Verfügung stellen.

Auseinandersetzung über nationalsozialistische Schülerpolitik.

Berlin, 11. Februar.

Zu wüsten Ausschreitungen kam es gestern nacht im Restaurant „Alter Fritz" in Potsdam. Dort in dem Lokal hatten die Nationalsozialisten zur Gründung einer Schülerabteilung aufgerufen. Die Versammlung war stark besucht, aber zahlreichen Erschienenen wurde die Sache schließlich zu langweilig.

Noch bevor das Schlußwort ergriffen war, wollten zahlreiche Personen den Saal verlassen. Nun schrien die Nationalsozialisten „Sitzen bleiben", „Ruhe". Es kam zu einer Schlägerei. Dabei wurden Stühle geworfen, Bierseidel flogen aus den Logen, mehrere Personen wurden derart schwer verletzt, daß sie mittels Krankenwagen in die Krankenhäuser gebracht werden mußten.

90451 Kinder in Preußen ohne Religionsunterricht!

:: Berlin, 11. Februar.

Der Hauptausschuß des Preußischen Landtages setzte die Aussprache über das Volksschulwesen bei der Vorberatung des Kultushaushaltes fort. Ministerialdirektor Kestner gab der Hoffnung Ausdruck, daß man bis Ostern eine Neuregelung der berufspraktischen Ausbildung der Volksschullehrer herausbringen könne und begrüßte die Fortschritte in der Verwendung weiblicher Kräfte in der Volksschule, und zwar auch in Rektorstellen. Er teilte mit, daß am 1. September 1930 insgesamt 2426 Sammelklassen mit 90451 Kindern und 2454 Lehrern vorhanden waren, in denen Religionsunterricht nicht erteilt wird. Diese Klassen befinden sich hauptsächlich in den Bezirken Berlin, Breslau, Magdeburg, Münster, Arnsberg und Düsseldorf. — Ministerialdirigent Wende wies die unrichtigen Zahlenangaben über die Kosten der pädagogischen Akademien zurück mit der Erklärung, daß im Jahre 1913 die damaligen 203 Lehrerseminare 12,1 Millionen gekostet hätten, während die 15 heute bestehenden Akademien 1930 nur rund drei Millionen Mark beanspruchten. Frau Stoffels (Z.) forderte Erleichterung der Schullasten für kleine Gemeinden und trat für die Junglehrerinnen ein.

Beim Abschnitt Höheres Schulwesen und Provinzialschulkollegien nannte Frau Wronka (Z.) die Abschaffung der allgemeinen Zensuren ein bedenkliches Vorgehen und forderte, daß der Autoritätsgedanke in der Schule mehr gepflegt werde.

Vertreter der Kinderreichen beim Reichskanzler.

:: Berlin, 11. Februar.

Reichskanzler Dr. Brüning empfing heute vormittag eine Vertretung des Vorstandes des Reichsbundes der Kinderreichen unter Führung des Präsidenten Konrad. Die Vertretung berichtete dem Reichskanzler über die gegenwärtige Lage und unterbreitete besondere Wünsche hinsichtlich des sittlichen und wirtschaftlichen Schutzes der Familie im Zusammenhang mit dem Schutz der Kinderreichen.

Umfangreiche Notstandsarbeiten in Sachsen.

+ Berlin, 11. Februar.

Die Reichsanstalt für Arbeitsvermittelung und Arbeitslosenversicherung teilt mit: Angesichts der starken Arbeitslosigkeit in Sachsen ist es von besonderer Bedeutung, daß im Wege der wertschaffenden Arbeitslosenfürsorge die Finanzierung einer umfangreichen Notstandsarbeit in Sachsen gelungen ist. Gegenstand des Unternehmens ist die Wasserversorgung von Mittelsachsen. Als Träger der Notstandsarbeit wurde eine besondere Aktiengesellschaft gegründet, in der der Freistaat und die Dresdener Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke A. G. zusammengeschlossen sind. Die Gesamtkosten der Arbeit, die sich auf zwei bis drei Jahre erstrecken wird, werden mehr als 20 Millionen Mark betragen. An der Finanzierung beteiligt sich die Reichsanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosenversicherung mit einem verlorenen Zuschuß von 1 350 000 Mark, während die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten A. G. und das Land Sachsen langfristige zinsverbilligte Darlehen im Gesamtbetrage von 8 Millionen Mark bewilligt haben. Die Zahl der Arbeitslosentagewerke beträgt etwa 450 000.

Külz legt sein Reichstagsmandat nieder.

+ Dresden, 11. Februar.

Wie die „Dresdner Nachrichten" melden, wird der neue Oberbürgermeister von Dresden, Dr. Külz, nach seinem Amtsantritt sein Reichstagsmandat niederlegen, um sich ganz der Arbeit für Dresden zu widmen. Sein Nachfolger im Reichstag auf der Liste der Staatspartei ist der frühere sächsische Minister des Innern Professor Apelt-Leipzig.

Parlamentsreform in Baden.

() Baden, 11. Februar.

Die Mehrheit des Badischen Landtages hat heute einer Aenderung der Geschäftsordnung zugestimmt, die eine Erweiterung der Befugnisse des Landtagspräsidenten vorsieht. Der Landtagspräsident hat künftig über die Zulassung von Anträgen und Anfragen an die Regierung zu entscheiden. Ueber Streitigkeiten entscheidet ein Vertrauensmännerausschuß. Ferner ist der Landtagspräsident berechtigt, Anträge an den Landtag oder Anfragen an die Regierung, die einen öffentlich-feindlichen Charakter tragen, von sich aus zurückzuweisen. Auch gegen eine solche Zurückweisung ist die Berufung an den Vertrauensmännerausschuß möglich.

Voruntersuchung gegen 14 Nationalsozialisten.

:: Berlin, 11. Februar.

Der Untersuchungsrichter beim Landgericht III Berlin hat, wie die „Vossische Zeitung" meldet, die Voruntersuchung wegen der schweren nationalsozialistischen Bluttaten eröffnet, denen die kommunistischen Arbeiter Schirmer und Grüneberg in Charlottenburg zum Opfer gefallen sind. Im Fall Schirmer richtet sich die Voruntersuchung gegen acht Personen, im Fall Grüneberg gegen sechs. Von diesen sechs letzteren sind drei dringend verdächtig, auch an der anderen Bluttat beteiligt gewesen zu sein. Das Verfahren in beiden Fällen soll derart beschleunigt werden, daß die Schwurgerichtsverhandlungen schon im kommenden Monat stattfinden können.

Kommunistische Geheimversammlung aufgehoben.

◆ Gotha, 11. Februar.

In der letzten Zeit wurde von der Polizei beobachtet, daß in einer Gothaer Gastwirtschaft Kommunisten geheime Nachtsitzungen abhielten. Es fiel dabei besonders auf, daß die Teilnehmer — zum größten Teil Parteifunktionäre — beim Eintritt in das Gebäude nicht den gewöhnlichen Eingang zur Wirtschaft benutzten, sondern einen Hauseingang, der zu den Mietswohnungen führt. Da der Verdacht bestand, daß in dem Lokal Vorbereitungen zu gesetzwidrigen Handlungen getroffen wurden, drang gestern abend unvermutet ein starkes Aufgebot von Kriminal- und Polizeibeamten in das Zimmer ein. Etwa 17 Funktionäre wurden festgenommen und zahlreiches belastendes Material beschlagnahmt.

Beschlagnahme von Zeitungen in Oberschlesien.

)(Kattowitz, 11. Februar.

Der Zensor beschlagnahmte gestern nicht weniger als fünf Zeitungen und zwar den sozialistischen „Volkswillen", die „Ostdeutsche Morgenpost", das „Berliner Tageblatt", die „Polonia" und zum ersten Mal auch die „Polska Zachodnia". In allen Fällen erfolgte die Beschlagnahme wegen der Wiedergabe einer englischen Meldung, wonach auf Initiative des Marschalls Pilsudski eine Veränderung der politischen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland beabsichtigt sei. Die Beschlagnahme der „Polska Zachodnia" ist insofern besonders bemerkenswert, als an dem gleichen Tage die amtliche polnische Telegraphenagentur die Meldung verbreitet hatte, daß das genannte Blatt kein amtliches noch offiziöses Organ des Woiwodschaftsamtes bezw. des Woiwoden ist. Die „Polonia" wurde übrigens zum 210. Male beschlagnahmt.

Ueberschwemmungskatastrophe in Rumänien.

)(Bukarest, 11. Februar.

Die untere Donau führt zurzeit Hochwasser, wodurch eine große Ueberschwemmungskatastrophe an der Mündung verursacht wurde. Die unmittelbar vor dem Donau-Delta liegende Stadt Wilkow ist von der Außenwelt abgeschnitten und hat telephonisch Hilfe erbeten. Mehrere hundert Häuser sind in der Stadt eingestürzt. Militärische Hilfe ist bereits nach dem Ueberschwemmungsgebiet unterwegs. Menschenverluste werden bisher nicht gemeldet. Desgleichen kommen Alarm-Nachrichten aus der Stadt Ismail, wo der Wasserstand der Donau um 4 m gestiegen ist.

Betrügereien bei der Bank der Vereinigten Staaten.

:: Newyork, 11. Februar.

Der zur Untersuchung der Betrügereien bei der vor einigen Monaten geschlossenen (nicht staatlichen) Bank der Vereinigten Staaten eingesetzte Ausschuß hat gegen acht leitende Persönlichkeiten der Bank schwere Beschuldigungen erhoben. Es handelt sich um insgesamt 30 Betrugsfälle. Die Beschuldigten sind der Präsident der Bank, Bernhard Marcus, der Rechtsanwalt und Direktor der Bank, Isidor Kresel, sowie die Direktoren Saul Singer, Henry Pollack, Simon Kugel, Stanley, Mitchell, Alexander White und Herbert Singer. Die Beschuldigungen hängen zusammen mit einer großen Transaktion über nicht weniger als acht Millionen Dollar (etwa 34 Millionen Mark). Die Angeklagten, mit Ausnahme Kresels, der zur Zeit krank ist, werden am Mittwoch bei der Polizei zum Fingerabdruck vorgeführt werden. Bei der öffentlichen Untersuchung über die Schließung der Bank stellte sich heraus, daß eine ganze Wagenladung von Akten der Bank der Vereinigten Staaten im vergangenen November in dem Hause eines der Beschuldigten verbrannt worden ist. Insgesamt 1000 Bündel Akten wurden dabei vernichtet.

Aus Westdeutschland.

15 Meter tief abgestürzt.

Zwei Tote, ein Verletzter.

Herne, 11. Febr.

Gestern morgen ereignete sich auf der Zeche „Mont-Cenis" ein schweres Unglück. Fünf Handwerker waren auf einem Gerüst an der Außenseite der Hängebank mit Anstreicherarbeiten beschäftigt, als plötzlich das Gerüst nachgab und drei Mann 15 Meter tief abstürzten, während der vierte sich rechtzeitig festhalten konnte. Der Fünfte, der sich zuerst auch noch halten konnte, stürzte nachher ebenfalls, kam aber durch besondere Umstände ohne nennenswerte Verletzungen davon. Von den Abgestürzten starben der 39jährige Anstreicher Friedrich Dietz aus der Widumerstraße, Vater von drei Kindern, sowie der 33jährige Anstreicher Wilhelm Just, Freiheitstraße, Vater von einem Kind, während der Anstreicher Theodor Krehl, Wilhelm-Busch-Straße, mit einer allerdings nicht gefährlichen Rückenquetschung ins Bergmannsheil nach Bochum geschafft wurde. Die Toten hatten Schädel- und Knochenbrüche erlitten.

*

Fünf Jahre Gefängnis für einen Totschlag.

Bottrop, 10. Februar.

Am 8. Juli 1930, morgens gegen 4,30 Uhr, wurde der Arbeiter Bernhard Kotzian vor seinem Hause in Bottrop schwer verletzt aufgefunden. Er hatte 15 Messerstiche in Kopf und Rücken erhalten und sagte bei seinem Auffinden „Hermann Hain, Hardtstraße 3". Als Folge der Verwundungen stellte sich eine Lähmung der rechten Körperseite ein, und schließlich verlor K. die Sehkraft des rechten Auges. Hiermit war er vollständig erblindet, denn er hatte schon vorher durch Unglücksfall das linke Auge eingebüßt. Am 12. Juli 1930 verstarb Kotzian im Krankenhaus.

Unter großem Andrang des Publikums fand am Dienstag vor dem Schwurgericht Essen der Prozeß gegen den Bergmann Hermann Hain aus Bottrop statt. Die Anklage lautet auf Totschlag. 44 Zeugen waren geladen.

Nach längerer Beratung verkündete der Vorsitzende das Urteil, das entsprechend dem Antrag des Staatsanwalts auf fünf Jahre Gefängnis lautete.

*

Ein zeitgemäßer Abbau.

Wuppertal, 11. Febr.

Nicht nur die früheren Stadtverwaltungen Barmen und Elberfeld, auch die Verwaltungen der ehemaligen selbständigen kleinen Gemeinden, die heute zur vereinigten Stadtgemeinde gehören, hatten sich in großzügigster Weise Kraftwagen zugelegt, sodaß nach der Städtevereinigung die heute gemeinsame Stadtverwaltung fast drei Dutzend Kraftwagen in ihrem Besitz hatte. Alle Kritik an der Größe dieses Autoparks war auch noch bei der Haushaltberatung im vorigen Jahr umsonst. Unter dem Zugriff der Not und der anhaltenden Verarmung ist nunmehr dieser Wagenpark stark zusammengeschmolzen. Wie die Stadtverwaltung erklärt, ist die Zahl der Personenkraftwagen für Verwaltung und städtische Werke gegenüber dem Vorjahr um die Hälfte vermindert worden. Den beiden Behörden stehen jetzt nur noch zwölf Personenwagen zur Verfügung, dazu fünf Störungs- und ein Spezialwagen, ein Bestand, der sich nur durch die weite Ausdehnung des Stadtgebiets und des Versorgungsgebiets der städtischen Werke einigermaßen rechtfertigen läßt.

Um einen erweiterten Personalabbau bei der Stadtverwaltung möglich zu machen, hat der Personalausschuß der Stadtverordnetenversammlung beschlossen, daß Beamte und Angestellte, die das 58. Lebensjahr vollendet oder überschritten haben, ihre Pensionierung nachsuchen können.

*

Der Schadenersatzprozeß Koerfer.

Köln, 11. Febr.

In der am 28. v. M. vor der 8. Zivilkammer des Landgerichts Köln verhandelten Schadenersatzklage der Erben Koerfer gegen Verlag M. Du Mont Schauberg, die zum Spruch gestellt war, wurde heute unter dem Vorsitz von Landgerichtsrat Falkenstein auf Grund der mündlichen Verhandlungen vom 28. v. M. folgender Beweisbeschluß verkündet. Danach soll Beweis erhoben werden:

1. Wann genau das erste Telephongespräch mit Kommerzienrat Dr. Neven DuMont stattgefunden hat.

2. Nachdem dieser Punkt geklärt ist, soll angegeben werden, in welchem Verhältnis die Gesamtauflage der „Kölnischen Zeitung" und des „Stadt-Anzeigers" zu dem Zeitpunkt des Ferngesprächs ausgegeben waren und in welchem Umfange sie bei der Expedition noch hätten angehalten werden können.

3. Sollen Gutachten darüber eingeholt werden, a) ob die mit der Falschmeldung verbunden gewesene Aufregung bei Professor Koerfer erst die Gallenblasenentzündung, welche zum Tode geführt hat, hervorgerufen hat, und ob sie allein maßgebend war, oder b) ob diese Aufregung mit der Entzündung und dem nachfolgenden Tod in keinerlei Beziehung stand.

Falls weder die Frage zu a) noch zu b) bejaht werden kann, sollen Gutachten darüber eingeholt werden, ob das Gallenblasenleiden ohne diese Aufregung einen gleichen oder langsameren Verlauf genommen haben würde, oder ob der Verlauf der Krankheit durch diese Aufregung nur beschleunigt worden ist und bis zu welchem Zeitraum. Weiter darüber, ob die Fälle, in denen aus einem Zusammenwirken zwischen Gallenleiden und heftiger Aufregung der Tod bezw. ein Krankheitsbild auftritt, wie es zur Zeit der Operation von Professor Koerfer gegeben war, nach der medizinischen Erfahrung so zahlreich sind, daß der Tod als Folge einer heftigen Aufregung von einem umsichtigen Laien vorausgesehen werden kann, oder ob diese Fälle infolge ihrer Seltenheit außerhalb des Voraussehbaren liegen.

Zu Sachverständigen zu dieser Frage bestellte das Gericht den Chefarzt der Kölner Städt. Krankenanstalt Lindenburg, Professor von Haberer, sowie Professor Dr. Külbs (Köln).

*

Die verschwundene Perlenkette.

Freispruch wegen Mangels an Beweisen.

Frankfurt a. M., 10. Febr.

Der Ingenieur, der wegen Betrugsversuchs zum Nachteil der Reichspost sich zu verantworten hatte, ist nach zweitägiger Verhandlung freigesprochen worden. Es seien zwar eine Reihe belastender Punkte vorhanden, heißt es im Urteil, aber nicht genügend, um die feste Ueberzeugung von der Schuld des Angeklagten zu begründen. Einer der Gutachter habe erklärt, es sei schwer, ohne Verletzung des von der Post aufgeklebten Nummernschildes und des Siegels das Paket zu öffnen, um die Perlenkette herauszunehmen, aber ganz ausgeschlossen sei es nicht. Auch die von verschiedenen Sachverständigen eingeholten Gutachten über die Ursachen des Gewichtsverlustes gingen stark auseinander.

*

Wieder ein Eisenbahnanschlag.

× **Hannover, 11. Febr.**

Am Mittwoch entdeckte der Streckenwärter auf der Strecke Oebisfelde—Helmstedt in der Nähe des Bahnhofs Oebisfelde auf Braunschweiger Staatsgebiet einen Anschlag auf die Eisenbahnanlagen. In der Verbindung zweier Schienen waren sämtliche vier Laschenschrauben von den Muttern gelöst und außerdem eine Schraube entfernt, die Schiene und Schwelle zusammenhält. Die Schrauben waren seitlich vom Tatort verstreut. Vermutlich sind der oder die Täter gestört worden, so daß der Anschlag mißglückte und eine unmittelbare Gefahr für den Zugverkehr nicht bestand. Es ist bislang nicht gelungen, die Täter festzustellen.

*

Ueberreste von Haarmann-Opfern?

:: **Hannover, 11. Febr.**

Von der Pressestelle der Polizeidirektion wird mitgeteilt: Bei den Erdlockerungsarbeiten auf der Eilenriede unweit des Walderjee-Denkmals sind von den Arbeitern Teile von sechs Menschenschädeln und einige Arm- und Beinknochen gefunden worden. Die Knochen lagen etwa 35 cm. unter der Erde. Nach dem vorläufigen Urteil des Sachverständigen haben sie voraussichtlich eine Reihe von Jahren in der Erde gelegen. Man geht in der Annahme wohl nicht fehl, daß sie von den Haarmann-Opfern herrühren. Weitere Ermittlungen finden statt.

Wie man sich erinnert, hat Haarmann etwa 40 Mordtaten verübt, von denen nur 27 in ihren Einzelheiten aufgehellt werden konnten. Es bleibt also mit der Möglichkeit zu rechnen, daß der Verbrecher die Knochenreste einer Anzahl seiner Opfer in der Eilenriede verscharrt hat.

*

Bonn, 10. Febr. Eine kommunalpolitische Streitfrage. Die Streitfrage, worüber die Stadtverordnetensitzung am Freitag aufflog, nämlich ob ein von den Sitzungen ausgeschlossener Stadtverordneter im Zuhörerraum anwesend sein dürfe oder nicht, ist noch nicht geklärt. Oberbürgermeister Dr. Falk, der die Auffassung vertritt, daß der ausgeschlossene Stadtverordnete auch nicht im Zuhörerraum weilen dürfe, hat ein Gutachten vom Deutschen Städtetag erbeten und auch bei andern rheinischen Oberbürgermeistern nachgefragt, wie bei ihnen die Sache gehandhabt wird.

Merten (Kreis Bonn), 10. Febr. Beim Rodeln tödlich verunglückt. Sonntag nachmittag fuhr ein mit vier Mitgliedern des katholischen Jünglingsvereins besetzter Rodelschlitten gegen ein entgegenkommendes Motorrad. Der Führer des Schlittens, der fünfzehnjährige Anton Steinhauer, starb noch am gleichen Tage an den erlittenen Verletzungen, von seinen drei Fahrtgenossen wurde einer schwer, einer leicht verletzt, der dritte blieb unversehrt.

:o: **Gießen, 10. Febr. Der Leichenfund auf der Main-Weser-Bahn.** Nach Mitteilung der Gießener Kriminalpolizei kann mit großer Sicherheit damit gerechnet werden, daß der Tod des Schuhfabrikanten Schuck aus Pirmasens, der am Sonnabend früh bei Butzbach vom D-Zug überfahren und getötet wurde, in einem Unfall seine Ursache hat. Ein Verbrechen scheidet nach Ansicht der Polizei vollständig aus, auch ein Selbstmord ist nur unwahrscheinlich. Man nimmt an, daß Schuck in einer scharfen Kurve gegen die schlecht verschlossene Tür geschleudert wurde, die sich dann öffnete und den Unfall zur Folge hatte.

)(**Frankfurt a. M., 10. Febr. Große Unterschlagungen bei der Frankfurter Stadtsynode.** Wie der Frankfurter evangelische Kirchenrat bekanntgibt, hat der Kaufmann Friedrich Nagel als Vorsitzender des Kirchensteuerausschusses der vereinigten evangelischen Stadtsynode in den Jahren 1925—1929 von den durch seine Hände gegangenen Bareingängen größere Beträge unterschlagen und zur Stützung seines notleidenden Geschäfts verwendet. Die Unterschlagungen wurden durch falsche Uebertragung der Eingänge auf das Kirchensteuerpostscheckkonto verdeckt. Der gesamte Fehlbetrag beläuft sich auf 136 700 Mark. Der Schuldige ist geständig. — Die Veruntreuungen haben hier großes Aufsehen erregt. Das Vertrauen, das der Vorsitzende des Kirchensteuerausschusses der Vereinigten evangelischen Stadtsynode Kaufmann Nagel, genoß, war außerordentlich groß, und man glaubte deshalb ohne weiteres seinen Angaben, wenn sich bei Revisionen Unstimmigkeiten ergaben. Nagel war auch Stadtverordneter und ist seit der letzten Reichstagswahl Vorsitzender der deutschnationalen Fraktion. Für die Kirchensteuerzahler dürfte die Angelegenheit keine Nachwirkungen haben, da sich die Unterschlagungen auf einen Zeitraum von 5 Jahren erstrecken und etwa ¼ Prozent des jährlichen Steueraufkommens ausmachen. Um die Veruntreuungen vollständig klar zu stellen, ist eine außerordentliche Tagung der Vereinigten evangl. Stadtsynode für den 17. Februar einberufen worden.

Deutscher Dampfer hißt Panama-Flagge.



Der deutsche Dampfer „Vogtland", der einer Hamburger Schiffsmakler-Firma gehört, hat die deutsche Flagge gestrichen und dafür die Flagge von Panama gehißt. Die Reederei erklärt, zu dem Flaggenwechsel, der in Schiffahrtskreisen großes Aufsehen erregte, aus wirtschaftlichen Gründen gezwungen worden zu sein.

Das Heck des Hamburger Dampfers „Vogtland", das bereits mit der Bezeichnung „Panama" versehen ist. Am Flaggenmast weht die Flagge des mittelamerikanischen Staates Panama.

Aus Münster und dem Münsterland.

Heute spricht der Papst im Rundfunk.

Münster, 12. Februar.

Bekanntlich hat der Vatikan eine Funkstation gebaut, die heute, am 12. Februar, feierlich ihrer Bestimmung übergeben werden soll. Der Westdeutsche Rundfunk überträgt in der Zeit von 16,30—17,30 Uhr die Ansprache des Papstes, der sich der lateinischen Sprache bedienen wird. Anschließend spricht der Erbauer der Station, Marconi, in italienischer Sprache.

Im einzelnen wird sich das Programm folgendermaßen abwickeln: Nachdem durch Trompetenklänge die Feier eröffnet ist, wird der Papst anschließend an einen Rundgang durch die technischen Betriebsanlagen den neuen Sender durch Schaltung in Betrieb setzen. Der Papst begibt sich sodann in den Aufnahmesaal, wo Graf Marconi seine Anwesenheit am Mikrophon ankündigen wird. 16,45 Uhr wird der Papst selber in lateinischer Sprache Worte an die ganze Welt richten. Nach einem Besuch der übrigen Räume des Sendergebäudes fährt der Papst im Kraftwagen zur Akademie der Wissenschaften. Nach der Abfahrt des Papstes werden die Ansager seine Rede in den hauptsächlichsten Sprachen wiederholen. Um 17,10 Uhr findet in der Akademie der Wissenschaften eine kurze außerordentliche Sitzung statt. Nach den Reden des Akademiepräsidenten und des Grafen Marconi wird der Papst erneut sprechen. Auch diese Rede wird durch Rundfunk verbreitet. In den Pausen des Programms wird die Radioverkehrs-A.-G. in Wien die Reden ganz oder teilweise in die deutsche Sprache übersetzen.

*

Rauschgifthandel am Bahnhof in Münster.

Rauschgift auch in der Herberge. — Morphinist als Großeinbrecher.

+ **Münster, 11. Februar.**

Eines Dramas erster Teil spielte sich am Mittwoch morgen vor dem Schöffengericht in Münster ab, bei dem der große Teil der Akteure aus den Kreisen der Morphinisten stammt. Schon die erste Szene ließ einen Einblick zu der jeden erschüttert. Eine junge Frau trat vor den Richter und entschuldigte ihren Mann M., der als Angeklagter erscheinen sollte, weil er zur Zeit in der Klinik eine Morphiumentwöhnungskur mitmacht. Nach dem vorgelegten ärztlichen Attest droht dem Patienten bei einer Unterbrechung der Kur, wie sie eigentlich der Staatsanwalt heute gewünscht hatte, um die Sühne für einen Rauschgifthandel zu erwirken, daß die bisherige Behandlung völlig nutzlos sei.

Die zweite Szene begann nicht weniger wirkungsvoll. Der zweite Angeklagte, der 25jährige Gärtner M. aus Coesfeld, hatte am Morgen vor der Verhandlung drei Spritzen Morphium im Gefängnis erhalten müssen, um überhaupt fähig zu sein, der Gerichtsverhandlung zu folgen, die für ihn um so schwerwiegender war, als ein Urteil wegen dreier verschiedener Straftaten gefällt werden sollte, darunter Rückfalldiebstahl.

M. erschien selbst blaß und matt, mit eingefallenen Wangen und fast jedes zweite Wort von ihm war, er könne sich seiner früheren Taten nicht entsinnen. Der erste Punkt der Anklage behandelt gleich den Morphiumhandel, der sich in letzter Zeit am Bahnhof in Münster breitgemacht hat. M., einer der Männer, die fast täglich am Bahnhof erscheinen, schwieg sich über seine Tätigkeit aus, aber desto mehr Einblick gestattete die Aussage des Zeugen Kunstmaler Fritz Sch., der selbst Morphinist ist, aber weniger aus Sucht nach dem Rauschgift, sondern wegen seines Nervenleidens Morphiumspritzen nimmt. Dieser Zeuge erklärte, M. sei jeden Tag am Bahnhof erschienen. Er habe jeden der ihm für seinen Handel geeignet erschien, angehalten und eine Spritze Morphium angeboten. Der Preis schwankte je nach Kaufkraft des Käufers zwischen 50 Pfennigen und 1 Mark. Junge Leute habe der Angeklagte direkt mit seinem Morphium verseucht.

Selbstverständlich hatte das Gericht die Frage nach der Herkunft des Giftes aufgegriffen und auch eine Spur gefunden. Am 4. August 1930 erschien nämlich M. mit einem ärztlichen Attest in der Anterapotheke in Münster, um Rauschgift abzuholen. Die Polizei nahm sich seiner an und fand in seinen Taschen Rezeptformulare, die einmal dem Arzt Dr. Str. in Borken gehört hatten. Die ausgefüllten Rezepte waren von einem Bekannten M.s gefälscht worden, als sie sich im Bahnhofspostamt in Münster getroffen hatten. Einige Zeit später wurde M. verhaftet und ins Untersuchungsgefängnis in Münster gebracht. M. gestand hier, daß er am 7. November 1930 einen Einbruchdiebstahl in der Klemensstraße 35 mit Erfolg ausgeführt hatte. Er sei in das Haus geschlichen, bis zur Mansarde hinaufgeklettert und habe dort mit einem Nachschlüssel die Tür eines verlassenen Mansardenzimmers geöffnet. Er fand goldene Schmucksachen und eine Uhr, die einer Dame gehörten und machte alles nach gelungenem Einbruch zu Geld. Gefragt, warum er neben seinem Rauschgifthandel noch Einbrüche beginge, sagte M., er habe kein Geld mehr für Morphium gehabt. Das Kapitel war bei weitem nicht abgeschlossen. Wohl erhob die Staatsanwaltschaft wegen der erwähnten Fälle vorerst Anklage, aber die Kriminalpolizei in Münster verfolgte weiter die Spuren von 58 anderen Diebstählen, die, wie bei Gericht bekanntgegeben wurde, allein auf das Konto M.s zu setzen seien. Der Angeklagte widersprach diesen Angaben nicht, er bezifferte selbst seine Einbrüche auf 50.

Nach der Beweisaufnahme, die sich durch das Geständnis des Angeklagten in vielen Punkten der Anklage einfach und kurz gestaltete, wies der Staatsanwalt in einem kurzen Plaidoyer darauf hin, welch weittragende Folgen der Morphinismus nicht nur auf den Angeklagten, sondern auch auf alle die gehabt habe, die ein Opfer des Rauschgifthandels wurden. Beweis sei vor allem die Aussage des Kunstmalers, der in drastischer Weise das Handeln des Angeklagten als Verseuchen der jungen Leute, die am Bahnhof in Münster und in der Herberge verkehrten, geschildert habe. Soweit die Taten des Angeklagten mit seinem Morphinismus in Zusammenhang standen, ließ es bei der Urteilsfindung Milde walten. Bei dem raffinierten Einbruch in der Klemensstraße jedoch fanden die strafverschärfenden Bestimmungen des Rückfalldiebstahles mit der gesetzlichen Mindeststrafe von einem Jahr Gefängnis Anwendung. Wegen verbotenen Rauschgifthandels und wegen Fälschung der Rezepte erhielt M. sieben Wochen Gefängnis.

In Anbetracht der noch ausstehenden Urteile, die die Einbrüche, die noch in den Untersuchungsakten stecken, zeitigen werden, versagte das Gericht die mildernden Umstände nicht. Der Angeklagte versprach sich die Annahme des Urteils noch zu überlegen. Der Fall M. aber wurde abgetrennt und auf einen späteren Zeitpunkt vertagt.

*

1200 Mark Geldstrafe für vorsätzliche Steuerhinterziehung.

+ **Ahaus, 11. Februar.**

Der Steuerhinterzieher! Der Name fiel im Prozeß K. vor dem Schöffengericht in Münster. Der Vorsitzende hält dem Angeklagten die unangenehmen Punkte der Anklage vor. Er reagierte sauer: „Ich verstehe schlecht!" Der Vorsitzende behebt das Hindernis, indem er den Angeklagten dicht vor den Richtertisch treten läßt. Es handelt sich um die Jahre 1926, 1927 und 1928. K. soll seine Umsatz- und Einkommensteuererklärungen vorsätzlich falsch ausgefüllt haben. Da bestehen beim Umsatz Differenzen zwischen der eigenen Einschätzung und der Schätzung des Finanzamtes, so z. B. für das Jahr 1926 eigene Schätzung 18 000 Mk., Finanzamt 58 261 Mk.; für das Jahr 1927 eigene Schätzung 48 000 Mk., Finanzamt 117 700 Mk.; für das Jahr 1928 eigene Schätzung 47 000 Mark, Finanzamt 129 700 Mk. Der Angeklagte sieht bald, daß er sich der Schlinge nicht entziehen kann. „Ich kenne nichts davon," stöhnt er, „ich habe ein Fußleiden, die Steuererklärungen haben andere gemacht!" K. gilt als eine der größten Aufkäufer von Eiern und Butter in Darfeld bei Ahaus. Mit Wagen und Pferd fährt er in den ländlichen Bezirken rund, zu den Leuten, die zugleich seine Lieferanten und seine Abnehmer sind; denn wenn K. Butter und Eier zusammenholt, dann bringt er Kolonialwaren in die Häuser. Zu Hause hat er noch eine kleine Landwirtschaft, ein Besitz von 10 Morgen. Zur Zeit geht es ihm schlecht, das stimmt die Richter milde gegen den alten Mann, und man bestraft ihn für die vorsätzliche Steuerhinterziehung für drei Jahre mit 1200 Mark Geldbuße. Wenn K. nicht zahlen kann, muß er 60 Tage Gefängnis büßen.

*

+ **Münster, 11. Febr. Dreimal abgefaßt.** Der 27jährige Bergmann Rudolf G. hatte sich aufs Schmuggeln verlegt. Tabak, Kaffee und Kakao war die Lieblingsware, die er von Holland holte. Zweimal traf man ihn in Begleitung zweier anderer Schmuggler, in Oeding in der Nacht zum 21. Juni 1930, und am 22. Mai 1930 in Borken, ein drittes Mal war er allein in der Nähe von Burlo, als ihn die Beamten abfaßten. G. hatte besonderes Pech beim Schmuggeln. In der Nacht zum 21. Juni waren die Schmuggler eben über die Grenze gehuscht, als zwei Zollbeamte aus ihren Verstecken aufsprangen. Zwei Schmuggler warfen ihre „Packen" fort und liefen davon, der dritte verschwand urplötzlich, als sei er in den Boden gesunken, das war G. Der Zufall spielte bei seiner Entdeckung eine Rolle: die Zollbeamten wollten gerade an einer verborgenen Stelle die „Packen" ablegen, als sie gerade dort G. im Graben versteckt fanden. — Pech! — Im anderen Falle gab es erst eine tolle Jagd auf Rädern mit Warnungsschüssen, bis G. sich fassen ließ. Die Abrechnung erfolgte nun vor dem Schöffengericht in Münster. Der Angeklagte erhielt eine Geldstrafe von 23 510 Mark und wegen Bandenschmuggels obendrein zwei Monate Gefängnis. Die Schmuggelware wurde ihm nun endgültig abgenommen.

Stuttgarter Sechstagerennen.

Stuttgart, 10. Februar.

Die 8000 Zuschauer des Stuttgarter Sechstagerennens mußten sich am Dienstag abend bis zu den Wertungen gedulden, um interessante Kämpfe zu erleben. Dann aber ging das Jagen los, das sich über eine Stunde hinzog. Trotzdem zahlreiche Rundengewinne während der Jagd zu verzeichnen waren, Krüger—Funda konnten vorübergehend sogar zu Preuß—Resiger aufschließen, blieb die Spitzengruppe unverändert. Nach 96 Stunden waren 2284,390 km zurückgelegt und der Stand:

1. Preuß—Resiger 157 P.; 1 Runde zur.: 2. Krüger—Funda 157 P.; 2 Runden zur.: 3. Ehmer—Tietz 140 P.; 3 Runden zur.: 4. Kilian—Pützfeld 126 P.; 5. Manthey—Maczynski 90 P.; 4 Runden zur.: 6. Frankenstein—Petri 194 P.; 7. Duray—Dumm 104 P.; 5 Runden zur.: 8. Carpus—Peiz 164 P.; 9. Chourp—Fabre 61 P.; 8 Runden zur.: 10. Severgnini—Zucchetti 88 P.

Bis 10 Uhr abends waren 2801,690 km zurückgelegt. Nach tollen Jagden war der Stand um 11 Uhr abds.:

1. Preuß—Resiger	223	Punkte
2. Krüger—Funda	202	„
3. Ehmer—Tietz	126	„
4. Manthey—Maczynski	104	„
1 Runde zurück:		
5. Petri—Frankenstein	222	„
2 Runden zurück:		
6. Kilian—Pützfeld	156	„
4 Runden zurück:		
7. Duray—Dumm	190	„
5 Runden zurück:		
8. Chourp—Fabre	172	„
6 Runden zurück:		
9. Peiz—Carpus	201	„
10. Severgini—Zucchetti	88	„

*

Chicagoer Sechstagerennen.

Chicago, 11. Februar.

Weit lebhafter als am ersten Tage ging es in der zweiten Nacht im Chicagoer Sechstagerennen zu. Kleinere Vorstöße bildeten den Auftakt zu einer Reihe erbitterter Jagden, die eine mehrfache Veränderung des Standes zur Folge hatten. Die Helden waren die Amerikaner Spencer—Hill, die sich vom sechsten Platz vorschoben und allein an die Spitze setzten, dagegen büßten Letourneur—Guimbretiere und Belloni—Linari eine bezw. zwei Runden ein. Das Berliner Paar Buschenhagen—Kroschel fuhr recht gleichmäßig und behaupteten sich weiterhin an neunter Stelle, verloren aber weiterhin eine Bahnlänge. Nach 58 Stunden (1350,400 km) ergab sich folgender Stand:

1. Spencer—Hill 82 P.; 1 Runde zur.: 2. Richli—Grimm 104 P.; 3. Letourneur—Guimbretiere 53 P.; 2 Runden zur.: 4. Gebr. Walthour 53 P.; 5. Charlier—Deneef 46 P.; 6. Belloni—Linari 45 P.; 7. Mac Namara—Winter 30 P.; 3 Runden zur.: 8. Peden—Elder 102 P.; 9. Buschenhagen—Kroschel 38 P.; 10. Giorgetti—Broccardo 32 P.; 4 Runden zur.: 11. Debaets—Beckmann 74 P.; 12. Ritter—Lands 19 P.; 6 Runden zur.: 13. Horder—Horan 68 P.; 7 Runden zur.: 14. Wagner—Rodack 20 P.

Handel und Wirtschaft.

Berliner Börse.

⊙ **Berlin,** 11. Febr. Die Vorgänge im Reichstag, vor allem die Abstinenz der extremen Rechten hatten gestern nachmittag in Frankfurt zu einem mehrprozentigen Nachgeben der Kurse geführt, da man wieder mit einer stärkeren innerpolitischen Beunruhigung rechnen zu müssen glaubte. Die hiervon ausgehende Verstimmung erfuhr im heutigen Vormittagsverkehr eine gewisse Abschwächung, als

die günstigen Börsenmomente, wie die sehr feste Haltung New-York, die weitere Kupferpreiserhöhung auf 10,30 Dollarcents, die etwas bessere Situation an den Baumwollmärkten und der holländische Lokomotivauftrag

sich auszuwirken begannen. Zu den ersten Kursen zeigte es sich jedoch, daß das Ausland mit seinen Deckungen und Käufen etwas mehr Zurückhaltung übte, und daß auch von Seiten der Inlandskundschaft etwas Ware an die Märkte gelangte. Die noch immer recht vorsichtige Spekulation neigte gleichfalls zu Gewinnmitnahmen, und so kam es bald gegen die Vortage zu nicht unerheblich verkleinerten Umsätzen. Einzelne Nebenwerte waren jedoch weiter gefragt, verschiedene teilweise sogar mit Plus-Plus-Zeichen. Neue Reichsbankanteile, Zellstoffverein, Thörls Oel, Ilse, Berlin-Karlsruher Maschinen und BEW. setzten mehrprozentig gebessert ein. Andererseits lagen Wicking Zement, Svenska, Elektrisch Licht und Kraft, Schuckert, Dessauer Gas und Schles. V.-Gas im gleichen Ausmaß gedrückt. Im Verlaufe war die Tendenz ziemlich uneinheitlich.

Bei mehrfachen kleinen Schwankungen ergaben sich überwiegend weitere Abbröckelungen. Später setzte sich dann wieder eine leichte Erholung durch, die jedoch nur gelegentlich über das Anfangsniveau führte.

Schiffahrtswerte, Sarotti und einige andere Papiere tendierten etwas fester, während Schubert & Salzer, Kali Aschersleben, Bergmann usw. bis zu 3% abgeschwächt waren. Anleihen freundlich, im Verlaufe nachgebend, von Ausländern österreichische Staatsrente von 1914 und Lissaboner Stadtanleihe gebessert. Aber auch Mexikaner und Bosnier recht freundlich. Pfandbriefe überwiegend fester, Industrieobligationen weiter gefragt, Reichsschuldbuchforderungen steigend aber ruhiger. Devisen wenig verändert, Pfunde wieder anziehend, Madrid schwach. Am Geldmarkt ging Tagesgeld auf 3¾—5¾ zurück, die übrigen Sätze blieben unverändert.

Märkte.

Viehmarkt in Münster.

‡ **Münster,** 10. Febr. **Viehmarkt.** Der heutige Viehmarkt war beschickt mit 34 Pferden und Fohlen aller Gattungen und 616 Schweinen. Der Handel war in Pferden mittel und in Schweinen rege. Es kosteten: Warmblüter: beste Arbeitspferde und Stuten 550—700, Arbeitspferde 400—600, 300—400 Mk.; Kaltblüter: beste Arbeitspferde und Stuten 700—825, Arbeitspferde 450 bis 600, 300—400 Mk.; Kreuzungen: beste Arbeitspferde und Stuten 450—600, Arbeitspferde 350—500, 250—400 Mark; Ponys: 200—350 Mk. Einzelne Pferde wurden über Notiz bezahlt. Schlachtpferde: 100—200 Mk., je nach Qualität. Ferkel kosteten je Woche 2,25—2,75 Mk., je nach Qualität. Der nächste Viehmarkt findet am Dienstag, den 24. Februar 1931, statt.

Dortmunder Zucht- und Faselviehmarkt.

× **Dortmund,** 11. Febr. Auftrieb: 659 Großvieh, 240 Schweine, 31 Kälber. Der Handel war schleppend. Kühe kosteten: 250—560, Rinder kosteten: 240—450. Beste Tiere wurden über Notiz bezahlt. Sämtliches zum Markt aufgetriebenes Großvieh ist gegen Maul- und Klauenseuche geimpft worden. Am Schweinemarkt war der Handel mittel. Es wurden bezahlt für 6—8 Wochen alte Ferkel 15—21, für 8—10 Wochen alte Ferkel 21—28, für 10—12 Wochen alte Ferkel 28—38 RM. Nächster Markt am 18. Februar.

Nutz- und Zuchtviehmarkt in Osnabrück.

× **Osnabrück,** 11. Febr. Auftrieb: 95 Pferde, 167 Rinder, 911 Ferkel. Marktverlauf. Pferde langsam, Rinder schleppend, Schweine ziemlich langsam. Nächster Markt am 18. Febr. Es kosteten: Pferde: a) 450—550, b) 350 450, c) 200—300, d) 150—200; Kühe in Milch und tragende Kühe: a) 440—480 b) 350—440, c) 250 bis 350, b) 200—250; tragende Rinder: a) 300—400, b) 250—300, c) 200—250, d) 150—200; Ferkel: 6—8 Wochen alt 10—15, 8—13 Wochen alt 15—23; Läuferschweine: 23—32.

Schweinemarkt in Lehrte.

◇ **Lehrte,** 10. Febr. Auftrieb: 2218 Ferkel und 227 Läuferschweine. Marktverlauf: langsam. Es kosteten: Ferkel: bis 6 Wochen alt bis 13, 6—8 Wochen alt 14—18, 8—12 Wochen alt 19—26; Läuferschweine: 3—4 Monate alt 27—34, 4—6 Monate alt bis 55.

Berliner Produktenbericht.

× **Berlin,** 11. Febr. An den Grundlagen des Produktenmarktes hat sich kaum etwas verändert, und die Tendenz war weiterhin ziemlich fest. Die bessere Nachfrage für Weizen- und Roggenmehle hat sich erhalten. Allerdings lassen die Abschlüsse teilweise zu wünschen übrig, da die Mühlen einerseits Schwierigkeiten bei der Eindeckung des Rohmaterials haben und andererseits bei der Auswahl der Käufer recht vorsichtig verfahren. Das Inlandsangebot von Brotgetreide bleibt knapp; die um 1½—3 M erhöhten Offerten waren allerdings nicht durchzuholen, und das Preisniveau im Promptgeschäft lag etwa 1 M über dem gestrigen. Am Lieferungsmarkt setzte Weizen 1—2½ M höher ein, wobei in Julweizen verschiedentlich Meinungskäufe erfolgten. Roggen war lediglich gut behauptet. Weizen- und Roggenmehle waren in den Forderungen um 50 bezw. 25 Pfg. erhöht, das Geschäft gestaltete sich etwas freundlicher. Hafer liegt bei mäßigem Angebot stetig; Nachfrage besteht für gute Qualitäten, jedoch sind erhöhte Offerten schwer durchzuholen. Industriegerste findet zu stetigen Preisen vereinzelt Unterkunft.

Amtl. Produktennotierungen in Berlin am 11. Februar 1931.

(Für Getreide je 1000 kg., für die übrigen Artikel je 100 kg.)

	11. 2.	10. 2.
Weizen märk	268—70	267—69
März	262½	261
Mai	290—89½	288—89
Juli	295½—94	293
Tendenz	fest	fest
Roggen märk	157—158½	157—58
März	176¼	176
Mai	184¼—84	183½
Juli	185½—¼	185
Tendenz	ruhig	etw. fester
Gerste		
Braugerste	204—213	204—213
Futtergerste	190—204	190—204
Wintergerste	—	—
Tendenz	beh.	ruhig
Hafer märk	139—147	139—148
März	155½	155—54¾
Mai	163	162¼
Juli	170—169	169
Tendenz	etw. fester	fest
Mai Waggon frei ab Hamburg	—	—
Tendenz	—	—

	11. 2.	10. 2.
Weizenmehl	31—37¾	30¾—37½
Tendenz	fester	etw. fester
Roggenmehl	23½—26½	23½—26½
Tendenz	ruhig	beh.
Weizenkleie	11—11¼	11—11¼
Tendenz	still	beh.
Roggenkleie	9¼—10	9¼—10
Tendenz	beh.	beh.
Raps	—	—
Tendenz	—	—
Leinsaat	—	—
Tendenz	—	—
Viktoriaerbs.	—	—
kl. Speiseerbs	22—24	22—24
Futtererbsen	19—21	19—21
Peluschken	22—24½	22½—25
Ackerbohnen	17—19	17—19
Wicken	18—21	18—21
Lupinen blau	13½—15½	13—15
gelbe	21—24	21—24
Seradella alt	—	—
neu	54—59	54—60
Rapskuchen	9—9⅝	9—9⅝
Leinkuchen	15½—16	15½—16
Trockenschn.	6.50—6.80	6.50—6.8
Soyaschrot	13.50—14	14—14.20
Torfmelasse	—	—
Kartoffelflock.	—	—

Westdeutscher Rundfunk.

Donnerstag, den 12. Februar

6,45—7 Uhr: Dr. Ludwig Bach: Leibesübungen.
7—8 Uhr: Morgenkonzert (Schallplatten).
10,15—10,45 Uhr: Schallplattenkonzert (Kristall-Schallplatten).
10,45—11,15 Uhr: Was will ich werden? Kat Kloß: Hauswirtschaftliche und pflegerische Berufe.
11,15—11,55 Uhr: Schallplattenkonzert (Adler- und Orchestrolaplatten).
12,10 Uhr: Schallplattenkonzert (Ultraphonplatten).
13,05—14,30 Uhr: Mittagskonzert, Leitung: Cyholdi. 1. Flottenparade-Marsch. 2. Schaukel-Walzer. 3. Ouvertüre zur Operette „Orpheus in der Unterwelt". 4. Potpourri aus der Operette „Katja, die Tänzerin". 5. a) Mädle aus dem schwarzen Wald, b) Erklingen zum Tanze die Geigen, aus der Operette „Das Schwarzwaldmädel", c) Paraphrase über das Lied „Schön ist die Heide". 6. a) Mein Lied an den Mississippi, b) Charming Pianotes, Foxtrot für Pianosolo mit Orchester. 7. Wiener Leben, Potpourri über Wiener Lieder und Tänze.
15,50—16,15 Uhr: Kinderstunde. Els Bordemberge: Großmutter hat Geburtstag.
16,15—16,30 Uhr: Dr. Hans Behle: Mitteilungen aus dem Schulfunk.
16,30—17 Uhr: Funkpädagogische Arbeitsgemeinschaft. Pädagogische Führergestalten: Eduard Spranger. Zugrunde liegt Sprangers Werk „Lebensformen". Der ästhetische Mensch. Leitung: Prof. Dr. Jansen.
17—18 Uhr: Vesperkonzert. Hilde Liesendahl, Leonie Hähner (Klavier), Elly Unbehau (Alt). 1. Zwei Klaviere zu 4 Händen: a) Variationen und Fuge über ein russisches Volkslied, op. 8 (Lied der Wolgaschiffer), b) Gavotte op. 34 (Hilde Liesendahl — Leonie Hähner). 2. a) Frühlingsabend, b) Frühlingssonnenschein (Elly Unbehau). 3. Klavier zu 4 Händen: Kleine Suite (Im Kahn — Festzug — Menuett — Ballett) (Hilde Liesendahl — Leonie Hähner). 4. a) O laß dich halten, goldne Stunde, b) Am Ufer des Flusses, des Manzanares (Elly Unbehau). 5. Klavier zu 4 Händen: Heitere Suite, op. 28 (Anmarsch — Beisammen — Tanz-Intermezzo — Kehraus) (Hilde Liesendahl — Leonie Hähner).
18—18,20 Uhr: Hans L. Oeser: Aufstieg zur Hochlandhütte.
18,20—18,40 Uhr: Die West im Buch. Dr. Karl Blume: Stresemann und Hindenburg.
18,40—19 Uhr: Privatdozent Dr. Heinermann: Spanisch.
19,25—19,45 Uhr: Aus Theorie und Praxis der Wirtschaft. Prof. Walb: Börse und Wirtschaft (3).
19,45 Uhr: Arien-Abend. Das Orchester des Westdeutschen Rundfunks, Leitung: Kühn. Solisten: Hansen (Sopran), Aramesco (Tenor), Strienz (Baß). 1. Ouvertüre zur Oper „Figaros Hochzeit". 2. Rezitativ und Arie der Gräfin aus der Oper „Figaros Hochzeit" (Klära Hansen). 3. Arie des Octavio „Folget der Heißgeliebten" aus der Oper „Don Giovanni" 4. Arie des Rocco aus der Oper „Fidelio" (Wilhelm Strienz). 5. Ouvertüre zur Oper „Oberon". 6. Arie der Clarissa aus der Oper „Die drei Pintos" (Klära Hansen). 7. Arie des Konrad aus der Oper „Hans Heiling" (Leonardo Aramesco). 8. Ballettmusik aus der Oper „Robert der Teufel". 9. Arie des Vasco „Land, so wunderbar", aus der Oper „Die Afrikanerin" (Leonardo Aramesco.
Intermezzo: Fastnacht heiß' ich, Schelmenstücke weiß ich! Vier Szenen von einst und heute. Musik von Gustav Kneip. Dichtung von Wolf Fraykel. Einmal im Jahr lustig und ledig sein. Weiberfastnacht. Kinderfastnacht zu Großvaters Zeiten. Der Erbsenbär. Das Orchester, der Kammerchor und der Kinderchor des Westdeutschen Rundfunks, Leitung: Zimmermann. Cläre Hansen, Mimi Berger (Sopran), Liselotte Mann (Alt), Hans Wocke (Bariton), Wilhelm Strienz (Baß).
10. „Bin ein schlichtes Kind vom Lande", Arie a. d. Op. „Der Wildschütz" (Klära Hansen). 11. „Auch ich war einst ein Jüngling", Arie aus der Oper „Der Waffenschmied von Worms" (Wilhelm Strienz). 12. Vorspiel zum dritten Aufzug aus „Kunihild". 13. Fliedermonolog aus der Oper „Die Meistersinger von Nürnberg" (Wilhelm Strienz). 14. Walters Preislied aus der Oper „Die Meistersinger von Nürnberg" (Leonardo Aramesco). 15. Einleitung und Walzer aus der Oper „Lobetanz". 16. Szene der Myrtocle aus der Oper „Die toten Augen" (Klära Hansen). 17. Polonäse aus der Oper „Der Fremde"
Anschließend: Letzte Meldungen, Bericht über das geistige Leben, Sportbericht.
Anschließend bis 24 Uhr: Sinfonischer Jazz. Jazz-Sinfonie-Orchester, Leitung: Dr. Hans Paulig.

Wetterbericht

Essen, 11. Febr. Der Sturmwirbel, unter dessen Einfluß die warme ozeanische Luft heute bis zur Störungsfront Haparanda—Helsingfors—Königsberg vorgedrungen ist, hat sich mit seinem Kern nur wenig ostwärts verlagert. Auf der Rückseite des Tiefdruckgebiets dringen wieder kühlere arktische Luftmassen nach Süden vor. Die Temperaturen über Island sind allgemein bis etwa 5 Grad unter 0 gesunken. Ein kräftiges Durchfallgebiet über dem westlichen England deutet darauf hin, daß neue Störungen vom Ozean herankommen werden, sodaß die Kaltluft vom Norden her ihre Herrschaft bei uns nicht geltend machen kann. — Wetteraussichten bis Donnerstag: Anfangs wolkig bis heiter, später bei auffrischenden südwestlichen Winden erneute Trübung und zeitweise Regen, Temperaturen gleichbleibend. Wahrscheinliche Weiterentwicklung: Meist trübe bei wenig Temperaturänderung.

Bremen: Baumwolle (amtlich)

	11. 2. Brief	Geld	bezahlt	10. 2. Brief	Geld	bezahlt
loko	12.00			11.80		
März	11.48	11.46	11.48	11.30	11.27	—
Mai	11.77	11.74	—	11.58	11.52	11.58
Juli	12.05	12.02	12.05	11.78	11.75	11.78
Oktober	12.29	12.27	12.28	12.00	11.98	12.02
Dezember	12.44	12.40	12.43	12.20	12.13	—
Januar	12.53	12.51	12.52	12.30	12.23	12.23

Tendenz: fest

Liverpool: Baumwolle

	11. 2.	10. 2.		11. 2.	10. 2.
loko	5.91	5.77	Oktober	6.12	6.01
Februar	5.76	5.65	November	6.16	6.04
März	5.80	5.70	Dezember	6.21	6.09
April	5.85	5.74	Januar	6.23	6.11
Mai	5.90	5.79	Februar	6.27	6.15
Juni	5.95	5.84	März	6.31	6.19
Juli	6.00	5.90			
August	6.04	5.94			
September	6.08	5.97			

Tendenz: stetig

	11. 2.	10. 2.
Tagesimport	3900	—
Tageslokoverkäufe	4000	3000
Exportverkäufe	100	200
Egypt. Upper F. G.		
fair loko	—	—

Liverpool: Ostindische Baumwolle

	11. 2.	10. 2.
Loco M. G. Surtee fully good	5.21	5.07
„ M. G. Broach fully good	4.56	4.42
„ F. G. Americ. Sind/Punjab	—	3.82
„ M. G. Nr. 1 Oomra fully good	4.11	3.97
„ M. G. Bengal fully good	3.91	3.77
„ M. G. Bengal superfine	4.21	4.07
„ M. G. Scinde fully good	3.91	3.77
„ M. G. Scinde superfine	4.21	4.07

New Orleans: Baumwolle

	11. 2.	10. 2.		11. 2.	10. 2.
loco	10.67	10.60	Oktober	11.70	11.59—60
März	10.91—92	10.83—85	Dezember	11.86	11.78
Mai	11.16—17	11.08—09	Januar	11.94	11.85
Juli	11.40—41	11.33—34	Tendenz:	stetig	

New York: Baumwolle

	11. 2.	10. 2.		11. 2.	10. 2.
loco	11.00	10.90	August	11.56	11.45
Februar	10.77	10.68	September	11.61	11.49
März	10.89—90	10.80—81	Oktober	11.71—72	11.59
April	11.03	10.93	November	11.80	11.69
Mai	11.17—19	11.06—07	Dezember	11.89	11.79
Juni	11.29	11.18	Januar	11.98	11.85—87
Juli	11.42—44	11.31	Tendenz:	stetig	

Geschätzte Totalzufuhren	—
Baumwollzufuhr in Atlantischen Häfen	1000
Baumwollzufuhr in Golf-Häfen	7000
Zufuhren in Pacific-Häfen	8000
Zufuhren im Innern	6000
Export nach England	7000
Export nach Frankreich	—
Export nach dem übrigen Kontinent	4000
Export nach Japan und China	11000
Fracht nach Liverpool für stark gepr. Ballen	45
Fracht für Standard	60

Gewinnauszug
5. Klasse 36. Preußisch-Süddeutsche (262. Preuß.) Staats-Lotterie

Ohne Gewähr — Nachdruck verboten

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

2. Ziehungstag — 10. Februar 1931

In der heutigen Vormittagsziehung wurden Gewinne über 400 M. gezogen

4 Gewinne zu 10000 M. 213131 297944
8 Gewinne zu 5000 M. 81569 81852 114525 256705
14 Gewinne zu 3000 M. 119107 165241 228117 229692 320306 365076 369863
52 Gewinne zu 2000 M. 14855 16347 20026 24564 39612 39933 57774 98118 119970 143383 172245 174984 176888 221459 227844 232155 287784 292481 293861 296754 297603 335816 345404 363082 367173 383986
106 Gewinne zu 1000 M. 70 8325 32154 38385 39268 39584 40826 55778 59040 66585 80537 87291 87301 91591 102244 136859 143839 147740 159957 165172 166343 178715 182424 187050 194430 199867 202705 209884 212649 216497 225757 237935 241598 244671 256458 263931 269591 269710 280072 282061 289174 292757 293382 300557 316570 317912 320567 352424 353799 365333 365828 378207 379580
206 Gewinne zu 500 M. 4847 7638 8129 11014 15186 22507 29223 33184 35459 37336 37712 38653 40383 40435 51146 54198 54910 55021 57839 57845 62514 70578 78500 87749 93680 94782 97920 99812 99669 102526 112203 113618 113902 119821 121165 128424 132176 147688 154010 155168 155489 156716 166507 170117 180099 187588 187664 189413 191986 199642 206277 207108 207592 207646 208701 211275 215476 215519 225244 233957 234804 241524 243429 246409 248373 249946 260615 260707 274647 276478 279510 281887 281940 283719 288682 290859 293115 309462 316200 321780 323824 326422 329348 331151 340949 342805 345815 349377 352539 360656 361922 366591 367773 376490 379033 382365 382653 383220 387748 391364 394945 396689 396042

Bad Dürrheim. Der Monat Januar 1931 brachte Bad Dürrheim (Schwarzwald) 553 Neuankünfte und insgesamt 13 594 Uebernachtungen.

Statt Karten

Die VERLOBUNG ihrer Tochter ANNELIESE mit Herrn HEINRICH BECKMANN geben bekannt

Otto Degener und Frau Franziska, geb. Wiethold

Bocholt, 12. Februar 1931

Meine VERLOBUNG mit Fräulein ANNELIESE DEGENER beehre ich mich anzuzeigen

Heinrich Beckmann

Bocholt, 12. Februar 1931

Statt Karten

Ihre Vermählung geben bekannt

Amtsgerichtsrat Karl Wülfing u. Frau Elli geb. Lück

Gladbeck, z. Zt. Hotel Tüshaus, Münster i. W. — Bork i. W.

Hypotheken besorgt schnell und diskret Hypotheken-Vermittlung **Münster i. Westf., Berliner-Hof,** Wolbecker Straße 15. Ruf 41667. Sprechzeit: täglich, auch Sonntags, von 9—14 Uhr. Rückp.

Erfinder lest d. Gedankenblitze. Erfind.-Broschüre gegen Porto. Pat.-Ing. Ebel, Breslau, Posener Str. 55.

Kleinanzeigen

in der „ZENO" erscheinen lassen, ist volle Ausnutzung aller Erfolgsmöglichkeiten zu niedrigem Preise. Bei zahlreichen Anzeigen nachweisbar über

30 Angebote!

Endlich ist er da **!!!**

der Autoreifen mit voller Garantie

Kein Risiko mehr beim Reifenkauf.

„India"
der Kilometerkönig
garantiert seine Leistungen, weil seine **Qualität unübertroffen** ist.

„India"
ist auf Zeit versichert gegen Schäden jeglicher Art, z. B. Schnittverletzungen, Durchschläge, Platzen, Plattfahren usw.

Sicheres Fahren nur auf Qualitäts-Reifen!
— Normale Preise! —
Alleinvertrieb für Münster und Münsterland

Leo Bronk
Spezialhaus für Autobereifung und Vulk.-Anstalt
Münster i.W. Bremer Str. 40 Ruf 40307 — **Coesfeld i.W.** Gartenstr. 9/10 Ruf 453

10% Verdienst
sichere ich demjenigen zu, der mir zum Verkaufe meines guterhaltenen Personen- und Lastwagens verhilft. Auszahlung der Provision sofort nach Abschluß des Geschäftes. Off. unter B 117 an die Anzeigen-Verwalt. der Zeno, Münster.

Geschäfts-Verkauf.
Mittleres Lack- u. Farben-Handelsgeschäft
in westf. Großstadt, in weiten Kreisen eingeführt, ist zu verkaufen.
Angebote sind zu richten unter C 127 an die Anz.-Verw. der Zeno, Münster i. Westf.

Schwerhörige!
Lassen Sie sich unverbindlich Overhage's **elektr. Hörapparate** vorführen. Sie werden über die Lautstärke, die Reinheit der Wiedergabe und den niedrigen Preis erstaunt sein.
Preis: Von 36,— RM. an.
Optiker Overhage
Münster i. Westf., Prinzipalmarkt 3

Reichspensionär sucht **Landgasthof oder kl. Haus** m. Garten zu pachten. E. Lüdecke, Dortmund, Mallinkrodtstr. 114 II.

3—4-Zimmerwohnung in Haltern zu vermiet. Da sehr ruhig gelegen, ist diese besond. geeignet für Rentner oder Pensionär. In der Nähe Staustee und gröss. Waldgebiete. Zuschriften unter B H vermittelt die Halterner Zeitung, Haltern i. W.

Zur Auffüllung meiner Hühnerfarm suche ich gegen Kasse jed. Posten, bis zu 300 Stck., gute gesunde **Legehühner** (am liebsten amer. Leghorn) zu kaufen. Ferner bin ich stets Abnehmer für alle Sorten **Schlachtgeflügel** Off. unt. C 129 an d. Anz.-Verw. der Zeno, Münster i. W.

Versandgeschäft richte allerorts ein E. R. Berthold, Halle/S.

la. Kesselasche
für Wegebau- und Betonzwecke billig und frachtgünstig (Station H.-Dorsten), ebendort **la. Zechensteine** abzugeben
Ludwig Cirkel, Herv.-Dorsten
Kohlengroßhandlung.
Telephon Dorsten 135.

Billige Autos!
10 Pf.-Opel-Pullman. 6—7-Sitzer. 1250,—
6/20 Aga-Lim. 650,—
4/20 Opel
Zweif., Vierf. u. Limousinen neuw. spottbillig zu verkaufen. Ratenzahl.
Hansa-Garagen. Dortmund, Kubstr. 10b

Buchführg. Bilanzen — § Steuer-Beratung
F. Elkmeier
Münster i. Westf., Spiekerhof 31.

Geld für jeden Zweck. Hypotheken, Kauf- u. Baugeld, Betriebskapital, Darlehen schnellstens. Tägl. von 10—5 Uhr. Antr. 30 Pfg. Rückp. **W. Goertz, Münster.** Dahlmannstr. 13 II. Etage.

Zeno-Arbeits- und Stellenmarkt

Angebote

Zum 15. März oder 1. April wird auf ein landw. Gut
Mädchen
nicht unter 18 Jahren für alle vorkommenden Arbeiten gesucht. Kein Melken. Näh. durch Buchhandl. A. Hinke, Ennigerl. Kr. Beckum.

Für Kolonialwarengeschäft verbunden mit Gastwirtschaft auf dem Lande wird z. 1. März eine tücht., vert. kath.
Verkäuferin
gesucht. Selb. muß vollständig ausgebildet u. nicht unt. 25 J. alt sein. Kein Bubikopf. Offerten unter T 7900 an d. Bocholter Volksblatt in Bocholt erb.

In eine größere Landwirtschaft in der Nähe Münsters, wo 2 gute Mädchen vorh. sind, z. 1. April kath.
Mädchen
das auch melken kann, für Haus- u. alle vorkommenden Arbeiten bei gut. Lohn u. lieben. Behan l. ges. Off. u. C 130 a. d. Anz.-Verw. d. Zeno, Münster.

Zu Ostern ein kräftiger Junge als
Bäckerlehrling
gesucht.
August van Gelder, Bocholt i. W.

Gesuche

Junges
Schweizer-Ehepaar
sucht zum 1. März eine angenehme Dauerstell. Gute Zeugn. vorhand. Offerten an W. Rave, Buchhandl., Ottmarsbocholt.

Suche für eine große Hattpflichtgesellschaft in jedem Ort tüchtige
Inkasso-Vertreter
welche nebenbei auch für Neugeschäfte sorgen müssen, in Leben, Haft, Unfall u. Feuer. Besonders passend für abgebaute stellenlose Leute.
Josef Schwanebera, Senden i. W. Tel. 60.